

Forschungsinstitut der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Nº 20

**Reformprobleme
des Kommunismus
und
aktuelle außenpolitische
Fragen**

Nr. 20

Februar 1972

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung
53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 149

Redaktion: Kurt Müller und Hans-Jürgen Fink

Die Ost- und Aussenpolitik der Bundesrepublik
aus polnischer Sicht

Kurzstudie über polnische Publikationen zur
Wandlung der Politik der Bundesregierung seit
1966 unter besonderer Berücksichtigung ihrer
Ost- und vor allem Polenpolitik

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorbemerkungen	I
I. Die Politik Bonns 1966-1969 aus polnischer Sicht	1
1. Die Idee der europäischen Friedensordnung	1
2. Die militärische Intervention der ČSSR und ihre Auswirkungen auf die Ostpolitik Bonns	10
3. Die polnische Initiative vom 17. Mai 1969	15
II. Zwischen den Bundestagswahlen 1969 und dem Vertrag mit Polen von 1970	17
III. Die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen und die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit	31
IV. Die Beziehungen zwischen Bonn und Ostberlin	41
V. Die innergesellschaftlichen Wandlungen in der Bundesrepublik	46
1. Die politischen Parteien	47
2. Die Vertriebenenverbände	67
3. Nationalismus und Militarismus	72
VI. Zusammenfassende Bemerkungen	77
Bibliographie	IV
Deutschlandforschung in Polen	XV

Vorbemerkungen

In dieser Kurzstudie geben wir einen Überblick über die Einschätzung der Außenpolitik der Bundesregierung aus polnischer Sicht. Zeitlich umfaßt die Untersuchung die Jahre 1966-71, während die Entwicklung unter Adenauer und Erhard nur am Rande gestreift wird.

Die polnische Literatur zum Thema der bundesdeutschen Außenpolitik ist sehr umfangreich und in ihrer Qualität und Vielschichtigkeit deutlich der einschlägigen Literatur der übrigen sozialistischen Länder, die Sowjetunion nicht ausgenommen, überlegen. Polen verfügt über eine stattliche Anzahl hochqualifizierter Deutschlandexperten, deren Arbeits- und Darstellungsweise internationalen wissenschaftlichen Standards gerecht wird. Der in der Sowjetunion permanent praktizierten Vermengung der Faktendarlegung mit ideologischer Schematisierung und "Etikettierung" des Untersuchungsgegenstandes enthalten sich die polnischen Beobachter in der Regel.

Der Rahmen der Arbeit gestattet nur die Behandlung bestimmter Schwerpunkte, so daß sie nicht den Anspruch erhebt, global und umfassend zu sein.

Das erste Kapitel behandelt Bonns Außenpolitik von 1966 bis 1969. In diesem Zeitraum, so sagen polnische Autoren einstimmig, wurden Ansätze für eine neue politische Entwicklung erkennbar, die sich schließlich durchsetzen konnten. Zugleich wuchs nach polnischer Ansicht bei der bundesrepublikanischen Bevölkerung die Erkenntnis, daß die Politik des Kalten Krieges nicht nur erfolglos gewesen sei, sondern auch die Bundesrepublik nach Osten wie auch nach Westen in die Isolation geführt hätte, daß die Existenz der DDR zu einer Realität geworden sei, die man nicht länger ignorieren dürfe.

Gegenstand des zweiten Kapitels sind die Ereignisse zwischen der Bundestagswahl von 1969 und der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages 1970. In dieser Phase ergriff eine Welle von Optimismus die polnischen Autoren. Die Hoffnung auf eine rasche Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen teilten Bevölkerung und Führungsgremien.

Das dritte Kapitel behandelt die Wandlungen in der Europa-Politik der Bundesregierung. Vorauszuschicken ist, daß für polnische Experten dieses Problem von gleicher Wichtigkeit wie die Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und Warschau ist. Ohne eine Anerkennung des Status quo, ohne eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR und ohne eine funktionsfähige gesamteuropäische Entspannung und Zusammenarbeit sehen die polnischen Autoren keine Möglichkeit für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen ihrem Land und der Bundesrepublik. In einem kurzen und in keiner Weise erschöpfenden Exkurs werden anschließend die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR aus polnischer Sicht behandelt.

Ein umfangreicheres letztes Kapitel bringt eine Analyse des gesellschaftlichen Wandels in der Bundesrepublik aus polnischer Sicht, wobei die Wandlungen innerhalb der beiden größten Parteien, SPD und CDU/CSU, in der polnischen Publizistik im Vordergrund stehen, während hier der FDP nur eine sehr geringe und der DKP fast gar keine Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ein weiterer innenpolitischer Bereich, dem von polnischer Seite sehr viel Interesse gewidmet wird, sind die Vertriebenen und ihre Organisationen, die als Hauptträger des westdeutschen territorialen "Revisionismus", des Revanchismus und Nationalismus gewertet werden. Schon unter der Großen Koalition wurden in Polen Konflikte dieser Organisation mit der Regierung sehr eingehend untersucht. Nachdem sich die Vertriebenenorganisationen aber nach

polnischen Auslassungen ins regierungsfeindliche Lager begaben und schließlich Gegenmaßnahmen der Regierung provoziert hatten, wurde das Vorgehen der Bundesregierung immer mehr als Abkehr von Revisionismus und Nationalismus betrachtet.

Auf das Problem des Nationalismus wird kurz eingegangen, wobei der Schwerpunkt dabei auf dem für Polen neuralgischen Punkt liegt, nämlich auf nationalistische Einflüsse in Bundeswehr und im Erziehungswesen der BRD.

Die Schlußbemerkungen geben eine kurze Zusammenfassung und Gesamtschau einiger der wichtigsten der in dieser Arbeit behandelten Fragen und Probleme.

I. Die Politik Bonns 1966-1969 aus polnischer Sicht

1. Die Idee der europäischen Friedensordnung

Die polnischen Autoren sind sich darüber einig, daß die Bemühungen der Bundesrepublik um eine eigene Ostpolitik und dementsprechende Konzeptionen zwar vom Beginn der sechziger Jahre datieren, daß aber erst die Bildung der Großen Koalition im Jahre 1966 hier eine Wende brachte. In den polnischen Publikationen wird als Ziel dieser Politik bezeichnet, durch den Ausbau der Verbindungen mit den sozialistischen Ländern auch die Position der Bundesrepublik mit den westlichen Verbündeten zu stärken.¹⁾

Als die Regierung der Großen Koalition möglichst rasch eine eigene Ostpolitik zu entwickeln versuchte, soll nach polnischer Auffassung zunächst die Isolierung der DDR das wichtigste Ziel gewesen sein. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien habe eine Bestätigung für den eingeschlagenen Weg gebracht. Der erste Widerstand gegen die damalige Ostpolitik sei nach Meinung der Autoren aus Polen gekommen, als der damalige Premier Jozef Cyrankiewicz in einer Rede in Wrocław (Breslau) am 25. Februar 1967 erklärte:

"Die gesamte Politik der Bundesrepublik verfolgte während der Amtszeit aller drei Bundeskanzler das Ziel, die Folgen der militärischen Niederlage Deutschlands abzuwenden, die bestehenden territorialen Verhältnisse zu ändern, die bestehenden Grenzen zu revidieren, den Deutschen wieder eine Machtstellung einzuräumen und den Weg zur Hegemonie auf dem Kontinent zu bahnen. Das ist eine Politik, die gegen den Frieden und die Sicherheit Europas gerichtet ist, und zwar gegen das ganze

1) Mieczysław Tomala: "Glówne kierunki polityki zagranicznej rządu NRF" (Die wichtigsten Richtungen der auswärtigen Politik der Bundesregierung) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 12 v. Dezember 1967

Europa, obwohl ihr Ziel scheinbar in erster Linie auf unsere Grenzen und die Oder-Neiße-Linie gerichtet ist. Diese Tatsache kann auch die politische Sprache nicht ändern, deren sich Bonn zur Zeit bedient.²⁾"

Kurz darauf habe Bonn jedoch eine Reihe von Mißerfolgen einstecken müssen, denn die sozialistischen Länder hätten sich bis zu einem gewissen Grad solidarisch gegen die Versuche Bonns gezeigt, die DDR zu isolieren, und den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik abgelehnt. Die Große Koalition habe alsdann Polen gegenüber eine weitgehend elastischere Politik entfaltet. Der polnische Experte Dr. Mieczyslaw Tomala äußert sich dazu: "Das war insbesondere das Verdienst des sozialdemokratischen Partners in der Großen Koalition.³⁾"

In politischen Kreisen Polens, besonders aber im Polnischen Institut für Auswärtige Angelegenheiten, PISM, wurde die von Willy Brandt proklamierte Friedensordnung analysiert und diskutiert. Dabei soll es sich nach polnischer Ansicht um einen genau umrissenen Plan Bonns zur Überwindung der Gegensätze zwischen Ost und West handeln, der die friedliche Lösung verschiedener Konflikte anstrebt in der Hoffnung, in einem solchen Klima das Problem der Wiedervereinigung zu einem späteren Zeitpunkt auf der Basis eines Friedensvertrages leichter lösen zu können.

Einer der bedeutendsten polnischen Deutschlandexperten, Dr. Jerzy Sulek, bezeichnet die "Friedensordnung" als eine Konzeption allgemeinen Charakters, die alle grundsätzlichen Elemente der gesamtdeutschen Politik wie auch der Ostpolitik

2) "Trybuna Ludu" vom 26. Februar 1967

3) Mieczyslaw Tomala, a.a.O., S. 15

der Bundesrepublik einschließe.⁴⁾ Dieser nicht genau definierte Terminus sei erstmals im Frühjahr 1967 aufgetaucht und nach Sulek am vollständigsten durch Willy Brandt an verschiedenen Stellen entwickelt worden. Er solle einen Beitrag Bonns zur damaligen auf breiter Basis stattfindenden internationalen Diskussion über die Zusammenarbeit zwischen Ost und West darstellen. Bonn habe kein Hehl daraus gemacht, daß es die Lösung des Deutschlandproblems als wichtigste Aufgabe der Friedensordnung betrachte.

Sulek sieht in der "Friedensordnung" eine Korrektur der bisherigen Formel der Bundesrepublik in der Frage der Wiedervereinigung, nämlich den Verzicht auf die aus der Zeit des Kalten Krieges stammende These: "Zuerst Vereinigung, später Entspannung und Sicherheit"; stattdessen werde jetzt die Verflechtung zwischen einer europäischen Entspannung und der deutschen Wiedervereinigung in den Vordergrund gestellt und beides aufeinander abgestimmt.⁵⁾

Sulek wirft Bonn zusammen mit einigen anderen Publizisten Demagogie vor, weil es behauptet habe, daß die deutsche Teilung nur dann überwunden werden könne, wenn es gelinge, die Spaltung Europas zu beseitigen; Schritte in dieser Richtung sollten durch eine stufenweise Änderung des territorialen Status quo in Europa unternommen werden. Dazu schreibt Sulek im Jahre 1968:

"Die 'Große Koalition' versucht wiederum, in der internationalen öffentlichen Meinung den Schein zu erwecken, daß die größte Gefahr für den Frieden auf unserem Kontinent die Spaltung Deutschlands und nicht die revisionistische Politik der Bundesrepublik darstelle."^{6)"}

4) Jerzy Sulek: "Bońska koncepcja 'żadu pokojowego' w Europie" (Die Bonner Konzeption: Friedensordnung für Europa) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 1 v. Januar 1968

5) ebenda, S. 74

6) ebenda, S. 74

Für unser Thema sind zwei Fragenkomplexe aus der Analyse Suleks von Bedeutung. Einmal alles, was sich auf die gesamtdeutsche Politik bezieht, zweitens die Ostpolitik im Rahmen der europäischen "Friedensordnung".

Was ersteres anbelangt, so sieht Sulek gewisse neue Akzente, wie zum Beispiel in dem ständig wiederholten Bekenntnis der Bundesrepublik zu einer friedlichen Lösung des Deutschlandproblems. Im übrigen kommt er in seiner Untersuchung zu folgenden Ergebnissen:

"Zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik geben die Regierungsvertreter offiziell zu, daß a) derzeit keine Chance für eine baldige Wiedervereinigung Deutschlands besteht und zur Zeit niemand in der Völkergemeinschaft mit Ausnahme des deutschen Volkes selbst eine solche Wiedervereinigung wünscht und bereit wäre, diplomatische Aktivitäten in dieser Richtung zu entfallen; b) die Deutschen in Zukunft für die Wiedervereinigung einen Preis zahlen müssen. In diesem Zusammenhang hebt die Regierung Kiesinger besonders hervor, daß die deutsche Einheit nur unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen und -erfordernisse der Nachbarvölker Deutschlands wiederhergestellt werden darf.⁷⁾"

Die neue Politik der Regierung Kiesinger sei vor allem durch eine politische Offensive gegenüber der DDR gekennzeichnet. Dabei werde die Zwei-Staaten-Theorie von Bonn abgelehnt, gleichzeitig aber vorgeschlagen, "sogar mit den Behörden des anderen Teils Deutschlands" Kontakte aufzunehmen, was im Vergleich zur früheren Einstellung der Bundesrepublik von polnischer Seite als ein Novum zur Kenntnis genommen wird. Auch das Alleinvertretungsrecht sei abgeschwächt worden, indem man nun erkläre, daß dieser Anspruch nicht als Bevormundung der Bevölkerung der DDR mißbraucht, deren Wille vielmehr respektiert und anerkannt werden solle.⁸⁾

7) ebenda, S. 75 f

8) ebenda, S. 77

Als weiteres neues Element in der Ostpolitik der Großen Koalition betrachten die polnischen Autoren die Umdeutung der Hallsteindoktrin. Um größere Bewegungsfreiheit in der Ostpolitik zu haben, sei nun die Möglichkeit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen auch mit solchen sozialistischen Ländern ins Auge gefaßt worden, die bereits Beziehungen zur DDR unterhielten.⁹⁾ Sulek vermerkt ferner eine Abkehr von der Terminologie des Kalten Krieges. Anstelle von Begriffen wie "sowjetische Besatzungszone", "Sowjetzone" oder "die sogenannte DDR" bediene man sich jetzt solcher Ausdrücke wie "zweigeteiltes Deutschland" oder "staatähnliches Gebilde". Diese sollten zwar die abwertenden Bezeichnungen ersetzen, dennoch fehle es am Willen und Mut, die DDR beim Namen zu nennen.

Der zweite für unser Thema wichtige Fragenkomplex in polnischen Veröffentlichungen bezieht sich damals auf die Ostpolitik der Bundesrepublik im Rahmen der Konzeption einer "Friedensordnung". Sulek erinnert daran, daß die Bundesrepublik in allen offiziellen, an die sozialistischen Länder gerichteten Verlautbarungen

- a) die Bereitschaft zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen ohne irgendwelche Bedingungen,
- b) ihr Interesse an einer Weiterentwicklung der bilateralen und multilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ost- bzw. Südosteuropa betont habe.¹⁰⁾

Von polnischer Seite wurde diese Strategie Bonns als ein langfristiger Versuch zur Herbeiführung einer für die deutsche Wiedervereinigung günstigen politischen Entwicklung in den sozialistischen Ländern angesehen. Nicht

9) ebenda, S. 78

10) ebenda, S. 79

nur in Suleks Analyse, sondern auch überall sonst wurde ständig hervorgehoben, daß die seinerzeitige offensive Ostpolitik Bonns mit allen Mitteln darauf abzielte, die DDR zu isolieren und mit einer Kampagne von diplomatischen Aktionen und Versprechungen die Unterstützung der sozialistischen Länder für dieses Ziel zu erreichen.

Im Rahmen dieser Bemühungen Bonns spielten - so wird betont - die Beziehungen zu Polen und die Hoffnungen, die Bonn daran knüpfte, eine entscheidende Rolle. Da das deutsch-polnische Verhältnis durch die Vergangenheit belastet war, mußte die Große Koalition klar Stellung beziehen.

Die Taktik Bonns konzentrierte sich aus polnischer Sicht auf folgende Schwerpunkte: Zunächst lag der Akzent auf der Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb der bestehenden Grenzen; damit wurde automatisch die Frage der polnischen Westgrenzen als nicht aktuell erklärt. Die Bundesrepublik versuchte damals, zwischen beiden Fragenkomplexen ein Junktum herzustellen, d.h., sollte Warschau die Wiedervereinigung Deutschlands unterstützen und akzeptieren, so würde als Gegenleistung die Oder-Neiße-Grenze anerkannt werden.¹¹⁾

Zwar wurde dieser Politik Bonns von polnischer Seite eine gewisse Elastizität ebenso wie eine deutliche Abkehr von den bisherigen territorialen Ansprüchen bescheinigt, jedoch lehnte Warschau kategorisch alle Bedingungen ab. Die polnische Presse nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß auch der französische Staatspräsident de Gaulle während seines Polenbesuchs im September 1967 diese Haltung Polens

11) ebenda, S. 80

unterstützte. Von französischer Seite soll damit Druck auf Bonn ausgeübt worden sein, sich zu gewissen Korrekturen seiner Politik zu bequemen. Trotz der Bemühungen der Großen Koalition um eine gewisse Flexibilität sei diese - so wird hervorgehoben - unfähig gewesen, mit den alten revisionistischen und nationalistischen Thesen zu brechen. Sie habe im Gegenteil finanziell wie moralisch die Vertriebenenverbände mit ihren, wie es in der polnischen Presse hieß, "antipolnischen Forderungen" unterstützt.

Jerzy Sulek ist Verfasser eines Buches, in dem die Politik der Bundesrepublik gegenüber Polen in den Jahren 1966 bis 1969 kritisch untersucht wird.¹²⁾ In einem Kapitel dieser Arbeit findet sich eine Zusammenfassung der Haltung Warschaus zur Ostpolitik der Großen Koalition. Danach war die neue Taktik Bonns gegenüber Polen dadurch gekennzeichnet, daß folgende Elemente in die westdeutsche Propaganda eingebaut wurden:¹³⁾

- 1) Die jetzigen deutsch-polnischen Grenzen wurden als Folge des Zweiten Weltkrieges betrachtet, eine Einsicht, die aber nur teilweise als eine Anerkennung des Rechts Polens auf seine nördlichen und westlichen Gebiete zu werten ist; systematisch verschwiegen wurde dabei, daß Hitlerdeutschland für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ebenso die Verantwortung trägt wie für die am polnischen Volk verübten Verbrechen;

12) Jerzy Sulek: "Polityka rządu NRF wobec Polski (1966-1969)" (Die Politik der BRD gegenüber Polen (1966-1969)) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 10 v. Oktober 1971. Es handelt sich um den Abdruck eines Kapitels aus dem gleichnamigen Buch Suleks, das bis dato noch nicht erschienen ist.

13) ebenda, S. 91-96

unter der Regierung Kiesinger wurden teilweise Versuche gemacht, eine "moralische Bilanz" zu ziehen, in deren Rahmen Ende Juni 1969 unter dem damaligen Vertriebenenminister beschlossen wurde, eine Dokumentation über die während der Vertreibung an Deutschen begangenen Verbrechen herauszugeben.

- 2) Neu war die Erklärung der Großen Koalition gegenüber Polen, daß die Bundesrepublik Verständnis für das polnische Volk und dessen Wunsch habe, innerhalb gesicherter Grenzen zu leben, was aber keine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze bedeutete; außerdem wurde die Anerkennung gesicherter Grenzen an bestimmte Bedingungen geknüpft.
- 3) Auch die Große Koalition begann damals zuzugeben, daß die Grenzen von 1937 nicht wiederhergestellt werden könnten. Bonn war aber nicht bereit, aus dieser Erkenntnis konkrete Konsequenzen für die Oder-Neiße-Grenze zu ziehen, sondern versuchte vielmehr, bei seinen Verbündeten, insbesondere Frankreich, um Verständnis und Unterstützung für seine Haltung zu werben.
- 4) In Bonn einigte man sich darauf, daß eine Wiedervereinigung in absehbarer Zeit nicht zu erreichen sei, wollte dieses Ziel dennoch mit kleinen Schritten über eine größere Zeitspanne hinweg anstreben. Im Zusammenhang mit diesen Plänen wurde die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Gegenleistung geboten. Gleichzeitig versuchte man die Hoffnung zu erwecken, daß sich mit Polen ein "territorialer Kompromiß" schließen lasse. Es handelte sich also um einen deutlichen Versuch der Bundesrepublik, Polen zu einer Unterstützung der inzwischen teilweise modifizierten revisionistischen Politik der Bundesrepublik zu veranlassen.
- 5) Die Regierung Kiesinger schlug eine Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen vor und betonte gleich-

zeitig, daß dem kein Hindernis im Wege stehe, denn "das Problem Oder-Neiße kann kein Hindernis für die deutsch-polnischen Gespräche sein". Damit versuchte die Große Koalition, die Anerkennung des Status quo in Europa zu umgehen und die Grenzfragen aus den Bemühungen um einen Frieden in Europa auszuklammern, ein Weg, der für Warschau inakzeptabel war.

- 6) Mit diesem Schachzug hing auch die These Bonns zusammen, daß die Bundesrepublik niemals territoriale Ansprüche an Polen gestellt habe, da es keine direkten Grenzen zwischen beiden Staaten gebe. Erst im Rahmen eines Friedensvertrages könnten diese Fragen gelöst werden. Dieses Argument wurde polnischerseits als unlogisch bezeichnet, da die Bundesrepublik sich ja weigerte, die DDR als Staat anzuerkennen und zudem alle Verträge mit Polen einschließlich derer über die Staatsgrenzen als ungültig betrachte.
- 7) Die Forcierung der These, daß Bonn bereit wäre, nach der Wiedervereinigung die Oder-Neiße-Linie als Grenze anzuerkennen, war ein neues Element in der westdeutschen Ostpolitik, besonders im Vergleich zur ersten Phase der Großen Koalition. Polen war jedoch niemals dazu bereit, die Gespräche über eine Normalisierung der Beziehungen zu intensivieren und gleichzeitig das Grenzproblem auszuklammern; trotz der auch von polnischer Seite gewürdigten Modifizierungen in seiner Ostpolitik beharrte Bonn weiterhin auf dem alten revisionistischen Kurs gegenüber Polen und der DDR.
- 8) Die Regierung Kiesinger glaubte - mit den genannten Einschränkungen - an eine Verständigungsmöglichkeit mit Polen und schlug vor, das westliche Modell der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und ihren Nachbarländern auch auf Polen zu übertragen, wobei

der Alleinvertretungsanspruch der BRD eine vorrangige Rolle spielte.

Obwohl die polnischen Publizisten die gesamte Ostpolitik der Großen Koalition als einen Versuch betrachteten, die revisionistischen Positionen zu retten, die DDR zu isolieren, durch eine selektive Politik innerhalb des sozialistischen Lagers Verbündete zu suchen, und sie aus diesem Grund ablehnten, muß betont werden, daß die polnischen Experten in ihren Analysen weitgehend strenge Objektivität walten ließen. Sie enthielten sich im allgemeinen pauschaler Verurteilungen der Bundesrepublik und versuchten, aus der Politik Bonns neue Akzente und Nuancen herauszulesen.

2. Die militärische Intervention der CSSR und ihre Auswirkungen auf die Ostpolitik Bonns

Am 21. August 1968 marschierte die sowjetische Armee gemeinsam mit den Truppen der Warschauer Paktländer (mit Ausnahme Rumäniens) in die Tschechoslowakei ein mit dem Ziel, die tschechoslowakische Reformbewegung niederzuschlagen. Diese Ereignisse zeitigten mannigfache Folgen. Für die vorliegende Arbeit sollen nur diejenigen berücksichtigt werden, die sich direkt auf das Verhältnis zwischen Polen und der Bundesrepublik auswirkten. Wie bereits erwähnt, wurde der Großen Koalition der Vorwurf gemacht, sie versuche mit ihrer selektiven Taktik die "schwachen Punkte" im sozialistischen Lager aufzufinden, um dort Unterstützung für ihre revisionistischen Pläne zu suchen. Dogmatiker und konservative Kreise im sozialistischen Lager, besonders aber in der Sowjetunion selbst, hatten schon vor den Ereignissen vom August 1968 mehrfach erklärt, daß die Taktik Bonns mit einer sub-

versiven Tätigkeit gleichzusetzen wäre, mit dem Ziel, die Einigkeit im sozialistischen Lager zu zerstören. In offiziellen Verlautbarungen der Warschauer-Pakt-Staaten wurde die BRD als Hauptinitiator angeblicher Versuche, die Tschechoslowakei aus dem sozialistischen Lager herauszulösen, verantwortlich gemacht.

In den offiziellen polnischen Kommentaren wurde diese Version voll und ganz übernommen und die militärische Intervention in der CSSR als "ein Schlag gegen die Ostpolitik" Bonns bezeichnet. Dazu schreibt der Publizist Ignacy Krasicki:

"Die Aktion vom 21. August beendete diejenigen Aktionen, die auf eine Änderung des Status quo in Mitteleuropa abzielten. Es handelte sich um eine militärpolitische Aktion von grundsätzlicher Bedeutung... Es ist bekannt, wo das Hauptinteresse der Bundesrepublik bei der Unterstützung der Vor-August-Evolution in der Tschechoslowakei lag. Die Schwächung der CSSR als Bestandteil des sozialistischen Lagers und Partner des Warschauer Paktes ebnete den Weg für eine Veränderung der Kräfteverhältnisse, die in ihren Auswirkungen die Folgen des Zweiten Weltkrieges beseitigen sollte.¹⁴⁾"

Krasicki behauptet, daß sich die Regierung Kiesinger, auch wenn sie ihre Niederlage in der Tschechoslowakei eingestanden habe, weiterhin bemüht habe, ihre "differenzierte und auf eine Desintegrierung der sozialistischen Gemeinschaft abzielende" Ostpolitik fortzuführen. Diese Behauptung ist auch in anderen Artikeln, besonders aber in der damaligen Tagespresse zu finden, wobei sich die Verfasser jedoch nicht auf irgendwelche offizielle Quellen, sondern auf deutsche Tageszeitungen, insbesondere die

14) Ignacy Krasicki: "Status quo i bezpieczeństwo Europejskie" (Status quo und europäische Sicherheit) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 11 v. November 1968, S. 13

Springer-Presse, berufen. Auf solche Zitate werden umfassende Theorien aufgebaut, die dann als Standpunkt der Großen Koalition ausgegeben werden.

Ferner wurde in der polnischen Presse die verstärkte Tendenz der Bundesregierung zur Förderung einer politischen und militärischen Konsolidierung innerhalb der NATO als unmittelbare Folge der Ereignisse in der CSSR vermerkt.

In seiner Analyse behauptet Krasicki, daß die Intervention in der Tschechoslowakei ein Schritt zur Festigung der Sicherheitsgarantien für die DDR, Polen und die ganze sozialistische Ländergemeinschaft gewesen sei. Im übrigen konstatiert er mit Befriedigung, daß sich "die wirklichen Interessen der USA nicht ganz mit den Interessen derjenigen Gruppen decken, die das europäische Gleichgewicht erschüttern und den Atlantikpakt auf den Zustand von vor fünfzehn Jahren zurückführen möchten". Weiter wird behauptet, daß Frankreich damals besser als früher die Gefahren erkannt habe, die sich aus "der Akzeptierung solcher Mittel und militärisch-politischer Vorschläge ergeben, die die Bundesrepublik suggeriert". Mit anderen Worten: Bonn wird nicht nur als der einzige Verlierer der Ereignisse in der CSSR, sondern auch als das einzige westliche Land dargestellt, das auch danach nicht von seiner revisionistischen Linie abgegangen sei.

Besonders in der Tagespresse erschienen viele Artikel und Kommentare, die diese Thesen in verschiedenen Abwandlungen wiederholten. Dabei lag der Akzent auf einer Wiederbelebung des westdeutschen Militarismus, der den konventionellen Krieg als integralen Bestandteil der westdeutschen strategischen Doktrin betrachte.¹⁵⁾

15) s. z.B. den Artikel von Oberst Henry Michalski: "Bońskie koncepcje 'wojny skrytej' i ograniczonej" (Die Konzeptionen eines 'versteckten und begrenzten Krieges') in "Trybuna Ludu" v. 15. September 1968

In seiner Rede vom 8. September 1968 versuchte Wladyslaw Gomulka die Intervention in der ČSSR zu rechtfertigen, wobei er sich fast ausschließlich auf den "Militarismus" der Bundesrepublik berief:

"Westdeutsche Militaristen und Revanchisten lechzen nach dem Sudetenland, wie auch nach unseren Westgebieten und der DDR. Die Herauslösung der CSSR aus der Gemeinschaft der sozialistischen Länder und die Schaffung eines neuen, für den Imperialismus günstigeren Kräfteverhältnisses in Europa - wozu die westdeutschen Militaristen besonders stark drängen und was der revanchistischen Politik Bonns am besten entspricht - hätte in Wirklichkeit für alle Signatarstaaten des Warschauer Pakts die gleiche Gefahr mit sichbringen können... Frieden und Sicherheit Europas können nur auf der Basis der Einheit aller Warschauer-Pakt-Staaten und des Status quo in Europa aufgebaut werden. Die Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit und die Unantastbarkeit der bestehenden europäischen Grenzen bilden den Ausgangspunkt für Frieden und Sicherheit aller europäischen Länder.¹⁶⁾"

Es ist an dieser Stelle nicht angebracht, näher auf die Polemik nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei einzugehen. Auch sei die Frage hier dahingestellt, ob die polnische Führung die oben zitierte Argumentation nur deswegen übernommen hat, weil sie gemäß den innerhalb des sozialistischen Lagers geltenden Spielregeln den sowjetischen Standpunkt widerspruchslos unterstützen mußte, oder ob sie sich tatsächlich damit identifizierte und die Intervention auch im Interesse Polens guthieß. Die Reaktion auf die tragischen Ereignisse vom August 1968 war indes nicht mehr als eine Episode in der jüngsten Entwicklung.

16) Wladyslaw Gomulka: "O problemie niemieckim" (Über das Deutschlandproblem), Warschau 1968, S. 492 ff

An dieser Stelle verdient erwähnt zu werden, daß Polen trotz seiner Polemik versucht hatte, nicht alle Brücken zur Bundesrepublik abzubrechen, und, was noch wichtiger ist, sich um eine differenzierte Interpretation einiger Erklärungen der damaligen Partner der Großen Koalition bemühte. Beispielsweise zitierte die polnische Wochenzeitschrift "Polityka" aus einer auf einer Pressekonferenz in Bonn am 31. Juli 1968 abgegebenen Erklärung des damaligen Außenministers Willy Brandt den Passus, in dem sich Brandt über die Ereignisse in der ČSSR äußerte und sagte: "Wir sind nur Zeugen und Beobachter, sonst nichts. Wir haben uns nicht eingemischt und werden uns auch nicht einmischen. Das Beste, was wir jetzt für Prag tun können, ist nichts zu tun."¹⁷⁾ (Anm. d. Verf.: Übers. aus dem Polnischen) Vielsagend war der Titel dieses Kommentars: "Hätte Kiesinger auf Brandt gehört..."

In Warschau erwartete man, daß sich in der BRD die Kontroversen über die Zweckmäßigkeit einer Fortführung der bisherigen Ostpolitik verschärfen und im Zusammenhang damit auch gewisse Umgruppierungen innerhalb der westdeutschen Gesellschaft anbahnen würden. Man glaubte, daß immer weitere Kreise "den abenteuerlichen Charakter der bisherigen Ostpolitik" erkennen würden. Die sich daraus ergebenden Gefahren wurden beim Namen genannt: Eine immer größere Tendenz zum Militarismus und Nationalismus, wachsender Widerstand gegen die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, eine Vertiefung der Kluft zwischen BRD und DDR. Ein großer Teil der bundesdeutschen Bevölkerung sei jedoch bereitgewesen, dieser Entwicklung gegenüber Widerstand zu leisten. In dieser Situation kam es zu den bedeutenden Ereignissen im Mai 1969, die von polnischen

17) "Polityka" v. 7.9.68: "Gdyby Kiesinger posłuchał Brandta..." (Hätte Kiesinger auf Brandt gehört...)

Publizisten als "polnische Initiative" zur Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik bezeichnet wurden.

3. Die polnische Initiative vom 17. Mai 1969

Am 17. Mai 1969 unterbreitete Wladyslaw Gomulka im Namen der polnischen Regierung der Bundesrepublik den Vorschlag, einen Vertrag nach dem Modell des Zgorzelec-Abkommens vom 6.7.1950 abzuschließen. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auch durch Westdeutschland würde nach Meinung Gomulkas die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten beschleunigen. In der erwähnten Studie versucht Jerzy Sulek die Reaktion der einzelnen Parteien der BRD auf diesen Vorschlag zu untersuchen.

Nach seiner Ansicht ging die CDU/CSU anfangs auf den Vorschlag Polens überhaupt nicht ein. Der ehemalige Vertriebenenminister Gradl und der Vertriebenenvertreter Czaja warnten vor positiven Reaktionen der Bundesregierung auf die polnischen Vorschläge. CDU und CSU sprachen sich wiederholt gegen eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Staatsgrenze aus und wollten diese Frage erst im Rahmen eines Friedensvertrages geregelt sehen. Teilweise gab es jedoch auch ein positives Echo in den Reihen der CDU/CSU.

Die Reaktion der SPD war nach Meinung Suleks im Vergleich mit derjenigen der CDU/CSU wesentlich positiver. Der Autor stellt jedoch fest, daß die SPD nicht über den gemeinsamen Standpunkt der Großen Koalition hinausgegangen sei. Der Unterschied zur CDU/CSU ist hauptsächlich im Ton der SPD-Erklärungen sowie in dem Einständnis zu sehen, daß die polnische Initiative den Beginn eines fruchtbaren Dialogs darstellen könne. SPD-Kreise gaben zu verstehen, daß angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen eine offizielle Stellungnahme der SPD erst zu einem späteren Zeitpunkt zu erwarten sei.

Eine ähnliche Taktik stellt Sulek auch bei der FDP fest. Er beruft sich dabei auf eine Erklärung der FDP vom 17. Mai 1969, in der betont wurde, daß "die westdeutsche Regierung sich die Tür für Verhandlungen in Warschau

offenhalten sollte". Gleichzeitig aber sprach sich die FDP erneut gegen eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze aus mit dem Argument, daß die Bundesrepublik keine Grenze mit Polen habe, dieses Problem also nur im Rahmen eines Friedensvertrages gelöst werden könne.

Sulek beschließt seinen Überblick über die Reaktionen der einzelnen Parteien mit folgenden Worten:

"Aus den obengenannten Elementen setzte sich die offizielle Reaktion Bonns auf die Initiative Polens vom 17. Mai 1969 zusammen; indem sie einer konkreten sachlichen Stellungnahme zu den polnischen Vorschlägen auswich, ließ die Regierung Kiesinger die Möglichkeit offen, aufgrund der polnischen Initiative vom 17. Mai 1969 nach den Bundestagswahlen vom 28. September 1969 Gespräche mit Polen aufzunehmen. Es ist interessant, sich zu ver-gegenwärtigen, daß infolge der polnischen Initiative während der letzten Amtsphase der Großen Koalition zwischen Mai und September 1969 eine gewisse Belebung in den offiziellen polnisch-westdeutschen Beziehungen eintrat.¹⁸⁾"

Andere Kommentatoren befaßten sich mit den innergesell-schaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik im An-schluß an die polnische Initiative vom Mai 1969. Dr. Ryszard Frelek, Direktor des Polnischen Instituts für Auswärtige Angelegenheiten, PISM, behauptet zum Beispiel, daß durch diese Initiative die Entspannungstendenzen, besonders aber die sich nach den Bundestagswahlen vom September 1969 abzeichnenden "realistischen Tendenzen" gefördert wurden.¹⁹⁾

18) Jerzy Sulek, a.a.O., S. 104

19) Ryszard Frelek "Podstawa normalizacji" (Grundlage der Normalisierung) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 1 v. Januar 1971, S. 5ff

II. Zwischen den Bundestagswahlen 1969 und dem Vertrag mit Polen von 1970

Im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen 1969 wurde in den polnischen Presseorganen hervorgehoben, daß die SPD fast bei allen vorausgehenden Wahlen ihren Stimmenanteil hatte vergrößern können. Zum erstenmal trate sie während der Bundestagswahlen vom 28. September 1969 als ein sehr ernstzunehmender Rivale der CDU/CSU auf, der große Chancen hätte, den Wahlsieg zu erringen. Die polnischen Kommentatoren vermerkten dies unter einem besonderen Aspekt: Zum erstenmal hat die SPD Chancen, eine "Staatspartei" zu werden.

An dieser Stelle können keine Einzelheiten aus den zahlreichen polnischen Zeitungsartikeln und Analysen erörtert werden. Nur soviel sei gesagt, daß sie wiederum die verstärkte Tendenz zur Objektivität und sachlichen Auseinandersetzung auf polnischer Seite bestätigen und gleichzeitig mit Hoffnungen gekoppelt waren, eine Regierungsübernahme durch die SPD könne eine Reihe von neuen Entwicklungen einleiten und den nationalistisch-revisionistischen Kräften Einhalt gebieten. Eine der bedeutendsten Zeitschriften für deutsche Fragen, "Przegląd Zachodni", stellt fest, daß die SPD bereits während der Wahlen als "Staatspartei" aufgetreten sei, ihre während der Großen Koalition erzielten Erfolge sehr herausgestellt habe und daß für das Image der Partei die Überwindung der Wirtschaftsrezession von 1967 durch Minister Schiller von besonderer Bedeutung gewesen sei. Die erwähnte Zeitschrift bringt auch einen Vergleich zwischen den Wahlprogrammen der CDU, CSU, SPD und FDP, die folgendermaßen kommentiert

werden:²⁰⁾

- * Alle vier Parteien haben sich für die Schaffung einer europäischen Friedensordnung ausgesprochen, wobei CDU/CSU und SPD an die bisherige Außenpolitik anknüpfen wollten, während sich die FDP von dieser Politik distanzierte.
- * Über die Beziehungen mit Polen und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze hat sich nur die CDU geäußert, wobei sie wie die CSU "die Rechtspositionen nicht aufgeben" wollte. Die SPD schwieg sich in dieser Frage aus, was in der Zeitschrift als reine Taktik bezeichnet wurde, weil inzwischen der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, R. Rehs, zur CDU übergetreten war, und man keine zusätzlichen Argumente für den "Verrat der nationalen Interessen" durch die SPD liefern wollte. Am weitesten ging die FDP mit ihren zweideutigen Thesen, die Völkerverständigung dürfe nicht an territorialen Fragen scheitern.
- * In der Frage der Anerkennung der DDR haben CDU/CSU einen ablehnenden Standpunkt bezogen, obwohl dieser nicht eindeutig formuliert war. Die SPD sprach sich wiederholt dafür aus, eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR nicht an bedeutslosen politischen Formulierungen scheitern zu lassen.
- * Nur SPD und FDP haben die Unterzeichnung des Atomsperervertrages eindeutig befürwortet.

20) Florian Miedźinski: "Wybory do VI Bundestagu" – Powstanie rządu koalicji SPD-FDP w NRF – in "Przegląd Zachodni" Nr. 1 v. Januar 1970, S. 109

Einer der besten Kenner der deutschen Verhältnisse, der stellvertretende Chefredakteur der Tageszeitung "Zycie Warszawy", Ryszard Wojna, gab seiner Analyse über die Entwicklung nach den Wahlen von 1969 den Titel "Wechsel in der Politik oder Regierungswechsel?" Damit traf er das Kernproblem, das nicht nur die polnischen Politiker, sondern auch die Öffentlichkeit in Polen beschäftigte.²¹⁾ Zum erstenmal befaßte sich ein polnischer Experte mit den gesellschaftlichen Wandlungen als Ursache von politischen Veränderungen. Wojna zitierte auch einen spontanen Ausruf Willy Brandts gleich nach den Wahlen (der übrigens in Polen ein sehr großes Echo fand): "Erst jetzt hat Hitler tatsächlich den Krieg verloren!" und äußert sich dazu wie folgt:

"Dieser Ausruf hat nicht nur einen emotionalen Gehalt; vielmehr drückt sich darin die Abkehr eines bedeutenden Teils der westdeutschen Wählerschaft von alten nationalsozialistischen Positionen aus, was mit dem Anstieg der Jungwählerschaft zusammenhängt, die nicht in der vergifteten Atmosphäre der Hitlerzeit erzogen wurde oder sich vom Einfluß der nationalistischen Propaganda befreit hat. Davon, inwieweit dieser Ausruf jedoch die Wahrheit sagt, werden wir uns in der Zukunft überzeugen können, wenn wir in der Lage sein werden, über die Bemühungen von Bundeskanzler Brandt Bilanz zu ziehen."²²⁾"

Nach einer kurzen Analyse über die Veränderungen in der westdeutschen Wählerschaft und der Suche nach den Gründen für den Wahlerfolg der SPD meint Wojna zusammenfassend:

21) Ryszard Wojna: "Zmiana polityki czy zmiana rządu?" (Wechsel in der Politik oder in der Regierung?) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 1 v. Januar 1970, S. 5 ff

22) ebenda, S. 6 u. 7

"Es ist der SPD gelungen, sich der westdeutschen Öffentlichkeit als moderne Partei zu präsentieren und gleichzeitig die CDU in die Position einer Verfechterin konservativer Strömungen zu drängen."

Der Deutschlandexperte zählt sodann einige vom polnischen Standpunkt aus positive wie auch negative Entwicklungen auf. Als positiv werden die zunehmenden Differenzen zwischen der neuen Regierungsmannschaft und verschiedenen "revisionistischen Zentren" gewertet, wobei in erster Linie die Vertriebenenverbände gemeint sind. R. Rehs, der ehemalige Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, habe bei den Wahlen einen totalen Mißerfolg gehabt. Wojna warnt jedoch vor einem Zweckoptimismus, der glauben machen wolle, daß sich die SPD völlig von nationalistischen Tendenzen befreit habe. Es handle sich vielmehr nur um eine Abrechnung mit den extremen nationalistischen und chauvinistischen Gruppen, die sich unter der Ära Adenauer/Erhard etablieren konnten.

Wojna vertritt den Standpunkt, daß die wirtschaftlichen und sozialen Reformen der SPD dem Wiederaufbau der "Macht-position des westdeutschen Kapitalismus" dienen.

Doch wird Willy Brandt als derjenige westdeutsche Politiker dargestellt, der wenigstens teilweise versuche, aus den Mißerfolgen der sogenannten neuen Ostpolitik der Großen Koalition Konsequenzen zu ziehen. Wojna findet dafür folgende Anhaltspunkte:

- * Die Regierung der Bundesrepublik hat wieder Verhandlungen mit der UdSSR über den Gewaltverzichtsvertrag aufgenommen.
- * Die Regierung der BRD nahm in der Frage eines Ausbaus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR eine positive Haltung ein.

- * Der Atomsicherungsvertrag wurde unterzeichnet.
- * Es wurden auch einige Schritte in der Politik Bonns gegenüber der DDR unternommen. Das Regierungsprogramm ging zwar von der Zweistaatentheorie aus, behielt jedoch dabei die alte These vom Selbstbestimmungsrecht der Deutschen bei.
- * Bundeskanzler Brandt erklärte die Bereitschaft der Bundesrepublik, auch mit der DDR einen Gewaltverzichtsvertrag abzuschließen.
- * Die Koalitionsregierung setzt sich für die Erweiterung und Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten ein.

Wojna beendet seine Kommentare zur Regierungserklärung der SPD/FDP-Koalition wie folgt:

"Die kommenden Monate werden zeigen, ob die Bundesregierung bereit ist, von den revisionistischen Positionen ihrer Vorgängerinnen abzugehen. Sie werden auch zeigen, in welcher Richtung sich das Verhalten des größten Teils der westdeutschen Bevölkerung entwickeln wird... Indem Polen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auch durch den zweiten deutschen Staat verlangt, strebt es die Schaffung von entsprechenden Bedingungen für eine friedliche europäische Zusammenarbeit an.²³⁾"

Die polnische Presse wie auch die Öffentlichkeit in Polen verfolgte die Politik der Koalitionsregierung mit großer Sorgfalt und Anteilnahme. Die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion am 12. August 1970 wurde in Polen in erster Linie als endgültige Anerkennung des Status quo durch Bonn gewertet. Der Artikel III

23) ebenda, S. 17 und 18

dieses Vertrages, worin die unbegrenzte Achtung der territorialen Integrität aller europäischen Staaten in ihren jetzigen Grenzen verankert ist, wurde in allen Tages- und Fachzeitungen zitiert und kommentiert. Besonders wurde betont, daß damit die Westgrenzen Polens und die Grenzen zwischen der DDR und der Bundesrepublik gemeint seien.

Wie bereits erwähnt, berichteten polnische Deutschland-experten schon früher über die verborgene Tendenz der neuen Bonner Regierung, die sich aus dem Potsdamer Abkommen ergebenden Folgen anzuerkennen. Die Unterzeichnung des Vertrages zwischen Bonn und Moskau wurde im allgemeinen als grünes Licht für eine beginnende Normalisierung auch der Beziehungen zwischen Bonn und Warschau gewertet. Am 7. Dezember 1970 wurde dann der Vertrag zwischen der Bundesrepublik und Polen unterzeichnet. Er wurde in der polnischen Tages- und Fachpresse als eines der wichtigsten und folgenreichsten politischen Ereignisse Europas in neuerer Zeit gewürdigt.

Einer der bedeutendsten polnischen Völkerrechtler und Inhaber des Lehrstuhls für Völkerrecht an der Universität von Poznań (Posen), Alfons Klafkowski, hebt in seiner Analyse dieses Vertrages folgendes hervor:

"Seit 1970 beginnt sich in der Bundesrepublik die Tendenz zu einer realitätsgerechten Einstellung gegenüber dem Potsdamer Abkommen abzuzeichnen. Das zeigt sich besonders deutlich in dem Vertrag zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik vom 12. August 1970 bzw. demjenigen zwischen Polen und der Bundesrepublik, der am 7. Dezember 1970 unterzeichnet wurde. Es war dies selbstverständlich nur der Beginn einer langfristigen Evolution, aber es handelt sich dabei um eine Entwicklung, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, ohne Rücksicht auf eventuelle Störungen, die noch auftreten

können.²⁴⁾"

Prof. Klafkowski zieht in seiner Analyse folgende Schlußfolgerungen:

- * Der Vertrag bezieht sich auf das Potsdamer Abkommen. Diese Tatsache läßt sich nicht dadurch ableugnen, daß man versucht, einige Formulierungen des Vertrages anders zu interpretieren.
- * Alles, was sich auf die "bestehende Grenzlinie" bezieht, war seinerzeit im Potsdamer Vertrag festgelegt worden, deswegen hat jeder Vertrag über die Grenzen nur deklaratorischen und nicht konstitutiven Charakter.
- * In diesem Vertrag wurde eindeutig die Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen für alle Zukunft festgelegt.
- * Ungeachtet verschiedener möglicher Interpretationen wird in diesem Vertrag die Formel des Zgorzelec-Vertrags über die westliche Demarkationslinie wiederholt, da keine andere Formel mit dem Völkerrecht vereinbar gewesen wäre.

Die Analyse Klafkowskis berücksichtigt jedoch nur den völkerrechtlichen Aspekt des Vertrages, insbesondere die Frage der Aufrechterhaltung des Status quo in Europa. In seinem letzten Kapitel erklärt er, daß die gegenwärtige

24) Alfons Klafkowski: "Układ Polska - NRD o podstawach normalizacji stosunków jako element uznania status quo w Europie" (Der Vertrag Polen-BRD über die Grundlagen einer Normalisierung der Beziehungen als Element der Anerkennung des Status quo in Europa) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 9 v. September 1970, S. 13

Situation in Europa

"aus der Perspektive der seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges verflossenen sechsundzwanzig Jahre keinen Präzedenzfall in der Geschichte dieses Kontinents aufweist... Die heutige Generation ist gezwungen, eigene Lösungen zu suchen. Die vorliegende Analyse zeigt, daß das, was wir als Status quo in Europa bezeichnen, einfach die Suche nach einer vernünftigen Formel für das Leben mit Problemen ist, die immer noch nicht in endgültiger Weise gelöst sind - und das im Interesse aller europäischen Staaten.²⁵⁾"

Der bereits erwähnte Dr. Ryszard Frelek stellt in seinem Kommentar zu dem deutsch-polnischen Vertrag fest:

"Er enthält die Möglichkeit, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen nach zwanzig Jahren endlich zu normalisieren. Wie der Vorsitzende des Ministerrats der Volksrepublik Polen, Jozef Cyrankiewicz, und Bundeskanzler Willy Brandt feststellten und wie auch aus dem nach den Warschauer Gesprächen veröffentlichten Communiqué bekannt wurde, haben beide Staaten vereinbart, sofort nach Inkrafttreten des Vertrages diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Das ist ein sehr wichtiger Schritt. Er bedeutet eine Aufnahme politischer Beziehungen und die Unterhaltung ständiger Kontakte. Gleichzeitig liquidiert er einen zweifellos anomalen Zustand, nämlich das Fehlen diplomatischer Beziehungen während einer langen Zeit, was im politischen Leben eine bedeutende Rolle spielte. Die Bundesrepublik hat damit einen wichtigen Schritt zu einer Normalisierung der Beziehungen mit Osteuropa getan; für das gesamte Europa ist es ein wichtiger Schritt zur Entspannung und für Polen bedeutet es gleichzeitig das Ende einer anomalen Situation in seinen Beziehungen zur Bundesrepublik und schafft die Möglichkeit einer aktiveren Einflußnahme auf die Politik Bonns.²⁶⁾"

Frelek berührt auch die für Polen so wichtige Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik.

25) ebenda, S. 18

26) Ryszard Frelek, a.a.O., S. 11 u. 12

Davon, wie diese sich gestalten wird, hänge weitgehend der gesamte Normalisierungsprozeß ab. Frelek gab offen zu, daß Polen mit dem gültigen Abkommen vom 15. Oktober 1970 zufrieden sei und eine Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik wünsche. Auch wird von polnischer Seite eine Intensivierung der kulturellen Zusammenarbeit angestrebt. Besonders wird hervorgehoben, daß Polen an einem gedeihlichen politischen Klima interessiert sei, das aber in erster Linie davon abhänge, "welche Konsequenzen die Bundesrepublik aus dem Vertrag ziehen wird".

"Nicht vereinbar mit der Normalisierung wäre zum Beispiel eine weitere Unterstützung der revanchistischen Tätigkeit der Vertriebenenverbände und anderer anti-polnischer Organisationen.²⁷⁾"

Bei ihrer Bilanz über die polnische Außenpolitik von 1970 maßen die Deutschlandexperten und führenden polnischen Politiker dem Vertrag vom Dezember 1970 besondere Bedeutung bei und buchten ihn als Erfolg für ihre Seite. Der damalige Außenminister der Volksrepublik Polen, Mitglied des Politbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR), Stefan Jędrychowski, schreibt in dem theoretischen Organ der PZPR "Nowe drogi" zum Beispiel:

"Der Vertrag bedeutet einen Gewinn für die polnische Außenpolitik des gesamten Jahres 1970, weil seiner Unterzeichnung fast ein Jahr dauernde Verhandlungen vorangegangen sind, in denen jede Seite ihren Standpunkt eindeutig formulierte. Schon bei der ersten Begegnung zeigte sich die große Verschiedenheit der Standpunkte. Erst nach langwierigen und gründlichen Diskussionen kam es zu einer Annäherung der Standpunkte, deren Krönung die Unterzeichnung des Vertrages war.²⁸⁾"

27) ebenda, S. 12

28) Stefan Jędrychowski: "Polska polityka zagraniczna w 1970 r" (Die polnische Außenpolitik 1970), in "Nowe drogi" Nr. 2 1971, S. 17

Jędrychowski warnt vor den "Kalten Kriegern" in der Bundesrepublik, die eine Ratifizierung der Verträge zu hinterstreben suchten: "Wir hegen die Hoffnung, daß es diesen Kreisen nicht gelingen wird, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, daß beide Verträge bereits im Jahre 1971 in Kraft treten werden, was auch von der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung gewünscht wird."

Es hat sich gezeigt, daß der polnische Außenminister zu optimistisch war. In dem erwähnten Artikel sprach er auch die Meinung anderer Deutschlandexperten aus, nämlich, daß sich der Normalisierungsprozeß nicht allein auf einen formellen Akt beschränken könne. Auf vielen Gebieten müßten Veränderungen eintreten und die Hindernisse beseitigt werden, die bisher einer Anbahnung von Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik im Wege standen.

Wie bereits erwähnt, registriert die polnische Presse genau, was sich im Positiven wie im Negativen auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen auswirkt. Das Ausmaß dieses Interesses geht dabei weit über dasjenige der anderen sozialistischen Länder hinaus. So veröffentlichte "Przegląd Zachodni" beispielsweise eine "Chronik des Normalisierungsprozesses" in der ersten Jahreshälfte 1971,²⁹⁾ in der mit minuziöser Genauigkeit auch alle weniger wichtigen Vorgänge, Artikel, Reden und andere Verlautbarungen in chronologischer Reihenfolge von Januar bis Juni 1971 festgehalten werden.

29) "Kronika procesu normalizacji" (stosunki między Polską i Niemiecką Republiką Federalną w pierwszym półroczu 1971 r.) (Chronik der Normalisierung: Die Beziehungen zwischen der BRD und Polen in der ersten Jahreshälfte 1971) in "Przegląd Zachodni" Nr. 4 v. Juli/August 1971 S. 436 ff

Für die vorliegende Arbeit ist nur der abschließende Kommentar der Chronik von Bedeutung, in dem festgestellt wird, daß es nach der Unterzeichnung des Vertrages vom 7. Dezember 1970 in der Bundesrepublik zu einer noch deutlicheren Polarisierung der politischen Kräfte als in der Vergangenheit gekommen sei, wobei die Ostpolitik Brandts eine entscheidende Rolle spielt. Es sei ein Gegenschlag der nationalistischen Kräfte erfolgt, der nicht nur durch eine intensivere Tätigkeit der Vertriebenenverbände, sondern auch durch das Entstehen neuer politischer Parteien, wie der Deutschen Volksunion (DVU) und der Deutschen Union (DU) gekennzeichnet sei. Die Bekämpfung der Verträge zwischen Bonn und Warschau sei eines der Hauptziele dieser Parteien. Mit ihrer Aktivierung und Konsolidierung verfolgten die nationalistischen Kreise ein gemeinsames Ziel, nämlich den Sturz der Regierung Brandt.

Andererseits wird in der erwähnten Chronik auch eine Belebung der "realistisch denkenden Kreise in der westdeutschen Gesellschaft" vermerkt. Als Beispiel werden "Initiativkomitees" genannt, die u.a. Unterschriftensammlungen für die Unterzeichnung des Vertrages durchführen. Mit Bedauern wird in der Chronik vermerkt, daß in den größeren westdeutschen Tageszeitungen für die Unterzeichnung des Vertrages keine Publicity gemacht werde. Veranstaltungen wie die "Polnischen Tage" in Frankfurt am Main und in Hamburg oder der Kongreß "Friede mit Polen" hätten in der polnischen Presse ein viel größeres Echo gefunden als in der westdeutschen.

In der Chronik wird ferner gesagt, daß auf internationaler Ebene in der ersten Jahreshälfte 1971 eine verstärkte Aktivität festzustellen gewesen sei. Der Austausch internationaler Delegationen – am wichtigsten war der Besuch einer Delegation des polnischen Sejm in der Bundesrepublik und der Gegenbesuch der Fraktionsvorsitzenden des Bundes-

tags in Polen - habe zugenommen, wobei das hohe Niveau der Gespräche gewürdigt wird. Der Besuch des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel in Polen und der ihm dort bereitete wohlwollende Empfang werden als Beweis dafür angesehen, daß Warschau für die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen auch jene Kräfte gewinnen will, die bislang die Politik Brandts ablehnen. Diese Besuche werden als eine positive Folge der Unterzeichnung des Vertrages gewertet, denn sie wären ohne diesen nicht denkbar gewesen.

Als weiteren Fortschritt in der Normalisierung der Beziehungen sieht man die Gespräche zwischen Bonn und Warschau über die Erweiterung der Kompetenzen der Handelsmissionen beider Staaten an, sowie die Gespräche der Außenministerdelegationen beider Staaten in Warschau, die sich in regelmäßigen Abständen wiederholen sollen. Hierunter fallen auch die Kontakte zwischen dem Roten Kreuz Polens und demjenigen der BRD.

In der "Chronik des Normalisierungsprozesses" wird auch das starke polnische Interesse an einer Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen hervorgehoben und die Erhöhung des Handelsumsatzes zwischen beiden Ländern im Jahr 1970 mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Es wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß dieser Trend sich fortsetzen möge.

Ferner wird festgestellt, daß die Presse beider Länder (mit Ausnahme der nationalistischen Publikationen in der BRD) jegliche Polemik und gegenseitige Angriffe vermeidet, was als Anzeichen für ein neues Klima zwischen beiden Ländern gedeutet wird. ³⁰⁾

30) ausgewertet ebenda, S. 452-454

In der polnischen Presse sind jedoch auch Anzeichen für eine gewisse Nervosität und Enttäuschung wegen der Unklarheiten über die Ratifizierung des Vertrages festzustellen, was besonders in der Tagespresse zum Ausdruck kommt. Stellvertretend für diese Stimmen sei hier ein Artikel von Ryszard Wojna zitiert, in dem die Ereignisse der Nacht vom 14. November 1970, als die Delegation der BRD und Polens den Journalisten über die Einigung bezüglich des Vertrags- textes berichteten, anschaulich geschildert werden:

"In dieser Nacht haben wir über die Zukunft gesprochen. Man spürte, daß unsere westdeutschen Kollegen uns dafür dankbar waren."

Ein Jahr später - sagt Wojna - finden sich kaum noch Artikel der damals in Warschau anwesenden westdeutschen Journalisten zum Problem der Normalisierung. Er fährt fort:

"Beim Durchblättern mancher Zeitungen entsteht sogar der Eindruck, daß sie sorgfältig alles suchen und betonen, was später von nationalistischen Kreisen aufgegriffen werden könnte. Ein großer Teil meiner westdeutschen Kollegen versucht einfach, die großen historischen Dimensionen der Verständigung zwischen unseren Völkern zu einem kleinlichen Bonner Parteienspiel zu degradieren.³¹⁾"

Besonders kritisch nimmt Wojna die Springerpresse unter die Lupe, die bei jeder Gelegenheit ihre nationalistische Überheblichkeit demonstriere. Manche dieser Blätter verlangen von Polen "Vorleistungen" und sprechen nur von den Verlusten der Deutschen. Wojna hofft dennoch auf einen Erfolg der Normalisierungsversuche, ergänzt dies aber

31) Ryszard Wojna "W zestawieniu z tamtą nocą..." (Verglichen mit der damaligen Nacht) in "Zycie Warszawy" v. 18. November 1971

durch die Feststellung: "Ich habe manchmal Angst vor der spießbürgerlichen Beschränktheit der westdeutschen Nationalisten, gleichgültig, unter welchem Aushängeschild sie auftreten und in welchen Zeitungsspalten sie schreiben." 32)

Und weiter:

"Zwischen dem polnischen Volk und den Deutschen vollziehen sich Umwandlungen von historischer Bedeutung. Wir wollen sie unterstützen. Diejenigen westdeutschen Publizisten, die sich dessen bewußt sind, sollen der Öffentlichkeit die deutsch-polnischen Probleme aus ihrer wirklichen und wesentlichen Perspektive zeigen. 33)

32) ebenda

33) ebenda

III. Die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen und die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit

Polnische Fachzeitschriften interessieren sich seit mehreren Jahren für die Wandlungen der westdeutschen Europapolitik. Die Veröffentlichungen zu diesem Thema sind umfangreich und unterscheiden sich von vergleichbaren sowjetischen Publikationen durch Sachlichkeit und Gründlichkeit.

Stellvertretend für alle polnischen Veröffentlichungen sei hier ein Artikel von Andrzej Kwilecki mit dem Titel: "Die Europapolitik der Bundesrepublik" in "Przegląd Zachodni" Nr. 4, 1968, genannt. Er enthält eine eingehende Untersuchung der unterschiedlichen Standpunkte der Regierung Adenauer und der SPD unter Führung von Kurt Schumacher. Im Gegensatz zu den sowjetischen und den DDR-Publikationen wird die damalige Europapolitik Kurt Schumachers mit Sympathie und Verständnis dargestellt. Erst nach Schumachers Tod sei es zu einer Modifizierung der Europapolitik der SPD und einer gewissen Annäherung an den Standpunkt der CDU-Regierung gekommen.

Kwilecki behauptet, daß für die Ära Adenauer/Erhard sieben "ideologische" Charakteristika kennzeichnend waren:

- 1) Die These von einer integralen Verbindung des deutschen mit dem europäischen Schicksal, wobei der Akzent darauf lag, daß es die besondere Funktion der Bundesrepublik sei, die europäischen und christlichen Werte zu verteidigen;
- 2) Anknüpfung an die Traditionen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation;

- 3) Eine ständige Heraufbeschwörung angeblicher, von Osten drohender Gefahren;
- 4) Der Versuch, ein wiedervereinigtes Deutschland als Zentrum Europas herzustellen;
- 5) Betrachtung der westlichen Kultur als einer Hochkultur im Vergleich zu anderen Kulturen, wobei die deutsche Kultur als deren höchste Ausformung gilt;
- 6) Die Koppelung des Revisionismus mit dem Programm einer europäischen Friedensordnung und mit dem Ziel eines Gesamteuropas, in dem auch der europäische Osten eingeschlossen ist, wozu in letzter Zeit noch die These vom deutschen Brückenschlag zwischen Ost und West kam;
- 7) Die These vom Supranationalismus und europäischen Föderalismus.³⁴⁾

Im Zusammenhang mit diesen Zielvorstellungen der deutschen Europapolitik zu jener Zeit konstatiert Dr. Ryszard Frelek:

"Bedauerlicherweise handelt es sich hierbei nicht nur um Parolen rechtsextremer Nationalisten, sondern um das Programm der Bundesregierungen während der letzten zwanzig Jahre. Von den Staatsrechtlern der Bundesrepublik wurde gepredigt, daß 'Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937' besthebe. Durch die Aufrechterhaltung solcher juristischer Fiktionen unterstützte man gleichzeitig die revanchistischen Kräfte, die sich übrigens nicht einmal mit diesem revisio-

34) Andrzej Kwilecki: "Europejska polityka NRF" (Die Europapolitik der BRD) in "Przegląd Zachodni" Nr. 4, 1968, S. 312

nistischen Programm zufriedengaben, sondern die Parole vom Wiederaufbau des 'Großdeutschen Reiches' ausgaben.³⁵⁾"

Alle polnischen Autoren betonen, daß ein Abgehen von diesem Programm in der BRD erst seit Ende der sechziger Jahre festzustellen sei. Nach der Unterzeichnung der Verträge zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion bzw. Polen habe sich eine neue Entwicklung angebahnt. Frelek erinnert aber ebenso wie der polnische Außenminister Jędrochowski in seinem erwähnten Artikel in "Nowe drogi" daran, daß diese Verträge nur ein Bestandteil des gesamten Normalisierungsprozesses zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Ländern seien. Es müsse noch die völkerrechtliche Anerkennung der DDR folgen (besonders, nachdem auch die westdeutsche Seite eingesehen habe, daß eine Wiedervereinigung nicht möglich sei), außerdem die Annulierung des Münchner Abkommens von 1937 und die Unterzeichnung eines ähnlichen Vertrages mit der ČSSR wie mit Polen. Auch die Lösung des Berlinproblems gehöre zu diesem Fragenkomplex.

Das Fazit von Freleks Darlegungen läßt sich folgendermaßen ausdrücken: Die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Ländern hat jetzt alle Chancen, Wirklichkeit zu werden, und damit kann eines der Schlüsselprobleme für die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit gelöst werden. Frelek schlägt drei Richtungen vor, in denen man eine neue Struktur für eine stabile Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa schaffen könne:

35) Ryszard Frelek: "Bezpieczeństwo i współpraca w Europie" (Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 9 v. September 1970, S. 9

- 1) Allgemeine Anerkennung der gegenwärtigen politischen Europakarte;
- 2) Erweiterung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und technischen Zusammenarbeit aller europäischer Völker;
- 3) Gemeinsame Bemühungen um den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Infrastruktur, insbesondere von Kommunikationswegen zwischen Ost und West, Süden und Norden; gemeinsame Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung; Entspannung zwischen NATO und Warschauer Pakt; Fortschritte bei der Abrüstung; Verbot der Massenvernichtungswaffen und Aufbau eines kollektiven gesamteuropäischen Sicherheitssystems, das in der ferneren Zukunft die militärischen Blöcke auflösen würde.³⁶⁾

Aus allen mit der Europapolitik befaßten polnischen Artikeln läßt sich die Auffassung entnehmen, daß die Regierung Brandt diesen neuen Trend erkannt habe und ihn unterstützt und fördere. Allerdings bestehe der Verdacht, daß Bonn auch heute nicht gewillt sei, auf einen Ausbau seiner Machtposition in Europa zu verzichten. Freileks Kommentar zu dieser Frage verdient hier wörtlich festgehalten zu werden:

"Das, was Bundeskanzler Brandt jetzt macht, ist in Wirklichkeit ein Versuch, die Politik der Bundesrepublik von den bisherigen Illusionen zu befreien. Dabei ist es paradox, aber leider wahr, daß die Bundesrepublik Initiativen ergreift, die eigentlich die westlichen Staaten, besonders Frankreich und England, längst in ihrem eigenen Interesse hätten ergreifen müssen. Die Folge davon könnte sein, daß gerade die Bundesrepublik

36) ebenda, S. 15

und nicht etwa Frankreich oder Großbritannien eine selbständige Politik in Europa betreiben wird - selbstverständlich als wichtigster Verbündeter der Vereinigten Staaten, denn die Bundesrepublik will auf diese Rolle nicht verzichten, sondern sie im Gegenteil ausbauen und vertiefen.³⁷⁾"

Frelek stellt fest, daß die französische bzw. britische Entspannungspolitik (von letzterer behauptet er allerdings, daß sie seit Jahren nicht existent sei) einen positiven Einfluß auf die Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa ausübe bzw. ausgeübt habe:

"Aber keines von diesen Ländern hat sich zu dem entschlossen, was in Wirklichkeit als ein selbständiger Beitrag zur Regelung der europäischen Sicherheitsprobleme gelten könnte, nämlich zu einer bedingungslosen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze und zur offiziellen Anerkennung des Bestehens zweier deutscher Staaten."

Frelek meint, daß die führende Rolle der Bundesrepublik in Westeuropa nur negativ zu bewerten sei, weil Europa eine aktive gesamteuropäische Politik durch Frankreich und Großbritannien brauche: "Das ist u.a. für die Aufrechterhaltung des westeuropäischen Gleichgewichts in den Kontakten mit Osteuropa notwendig."

Beim Studium der polnischen Publikationen zur Europapolitik der Bundesrepublik und zu europäischen Problemen überhaupt fällt auf, wie stark das polnische Interesse an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Staaten ist. Da die Bundesrepublik der wirtschaftlich stärkste EWG-Partner ist, weiß man, daß von der deutschen Haltung in der EWG die Lösung vieler Probleme abhängt. Mehr noch, einige Publizisten behaupten

37) ebenda, S. 20

ganz offen, daß die Aggressivität der westdeutschen Monopole für den Fall einer Wahlniederlage der SPD noch zunehmen wird. Dr. Renata Sonnenfeld schließt ihre Analyse über die Kompetenzen des Rats der EWG-Mitgliedsstaaten und die jüngsten Entwicklungen in den führenden Organen der EWG mit folgender Feststellung:

"Ein Übergewicht der antidemokratischen und friedensfeindlichen Kräfte in einem solchen Block könnte ernste Konsequenzen zeitigen. Es ist bekannt, daß zum Beispiel hinter der supranationalen Konzeption des westeuropäischen Integrationsprozesses von Anfang an verschiedene Wirtschaftskreise der Bundesrepublik standen, die mit Hilfe dieser Integration ihre hegemonistischen Bestrebungen in Europa zu verwirklichen suchten. Man muß zugeben, daß die jetzige sozialdemokratische Regierung Willy Brandts eine Politik der konstruktiven internationalen Zusammenarbeit betreibt, die aber im Fall eines Wahlsiegs der Christlichen Demokraten eine Änderung erfahren wird.³⁸⁾"

Am 9. Februar 1971 fand in Warschau eine wissenschaftliche Konferenz zu dem Thema: "Die allgemeine europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit vor dem Hintergrund des europäischen Integrationsprozesses" statt. Auf dieser Veranstaltung war neben großem Interesse auch ein Unsicherheitsgefühl bezüglich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Polen und den anderen europäischen Ländern zu spüren.³⁹⁾

Ende 1971 wurde in Polen bei zwei Gelegenheiten für einen Ausbau der europäischen Zusammenarbeit plädiert. Einmal

38) Renata Sonnenfeld: "Rezwój uprawnień Rady EWG a cechy 'ponadpaństwowe' Wspólnoty" (Entwicklung der Kompetenzen des Rats der EWG und supranationale Merkmale der Gemeinschaft) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 12 v. Dezember 1971, S. 69 f

39) Bericht über diese Veranstaltung s. "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 4, 1971, S. 119 ff

fand am 1. Dezember in Warschau eine Außenministerkonferenz der Warschauer-Pakt-Staaten statt, auf der festgestellt wurde, daß die Entwicklung auf dem europäischen Kontinent reif sei für die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz im Jahre 1972. Fünf Tage später wurde der VI. Kongreß der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei abgehalten, auf dem man sich gleichfalls für die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz aussprach. In einem in "Trybuna Ludu" erschienenen Kommentar wurde das polnische Interesse an einer Stärkung des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa bekundet. Die Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion bzw. Polen, durch die die Berlingespräche der vier Großmächte und die Verhandlungen zwischen dem Westberliner Senat und der DDR ermöglicht wurden, wurden als Markstein des gesamten Normalisierungsprozesses zwischen Ost und West bezeichnet. "Trybuna Ludu" spricht von einer "neuen Etappe" in der Entwicklung des europäischen Kontinents.⁴⁰⁾

Schließlich wäre noch der Kommentar von Mieczyslaw F. Rakowski in "Polityka" zu erwähnen:

"1971 hat Europa einen neuen Schritt weg von den Zeiten des Kalten Krieges und die dadurch entstandene politische Philosophie getan. Unser Kontinent reagierte sehr positiv auf die Verträge zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR bzw. der Volksrepublik Polen. Indem sie ihre territorialen Ansprüche aufgab, half die Regierung Brandt/Scheel die Steine auszuräumen, die den Weg zu einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West und zur praktischen Verwirklichung einer Politik der friedlichen Koexistenz blockierten. Ich glaube, es läßt sich ohne weiteres nachweisen, daß der Standpunkt, den die Bundesregierung heute einnimmt, in erster Linie eine Folge der offensiven

40) "Trybuna Ludu" v. 14. Dezember 1971

Politik ist, die unsere Länder in der Deutschlandfrage betrieben... Heute haben wir die Rückendeckung der vier Mächte in der Berlinfrage, die Verständigung zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der DDR und zwischen der Hauptstadt der DDR und dem Westberliner Senat, die weitere Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik (siehe das Treffen zwischen Leonid Breschnew mit Willy Brandt auf der Krim) und die fortgeschrittenen Gespräche über die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz für die Sicherheit und Zusammenarbeit. Das sind Fakten, die optimistisch stimmen. Sie bestätigen, daß in Europa diejenigen Kräfte die Oberhand gewinnen, die auf eine Liquidierung der alten Konflikte drängen.⁴¹⁾"

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß in den polnischen Publikationen zu den europäischen Fragen zwar die im ganzen sozialistischen Lager geltenden sowjetischen Thesen übernommen und vertreten, die Akzente aber anders gesetzt werden. Die polnische Staatsräson wird stark akzentuiert, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern als vorrangig angesehen und die erfolgreiche "polnische Initiative" für eine Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik als einer der wichtigsten Beiträge zur Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa hochgespielt. Ferner läßt sich aus dem zuletzt zitierten Artikel herauslesen, daß die polnische Seite an der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik u.a. auch deswegen stark interessiert ist, weil sie glaubt, dann bessere Möglichkeiten zu haben, die Regierung der Bundesrepublik kontinuierlich über die polnischen Wünsche und Pläne zu informieren.

Soweit die Auswertung der polnischen Publikationen einen Schluß zuläßt, überwiegt eine optimistische Deutung der

41) "Polityka" v. 1. Januar 1971

von der Bundesregierung betriebenen Europapolitik. Manche Beobachter sehen in der SPD, besonders aber in der Person Willy Brandts, einen Garanten für eine europäische Politik der Entspannung und des Friedens.

Doch gibt es auch polnische Stimmen, die einen doktrinären Standpunkt vertreten, wie er in den meisten sowjetischen und DDR-Publikationen überwiegt. Dabei wird weiterhin vom "imperialistischen" Charakter der Politik der Bundesregierung gesprochen, ihre Europapolitik wird als Bemühung dargestellt, die Machtposition der Bundesrepublik im Osten wie im Westen auszubauen und mit Hilfe ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit ihre Ziele zu erreichen, von denen das wichtigste die Wiedervereinigung sei.

Artur Starewicz etwa vertrat Ende 1970 einen solchen Standpunkt in dem theoretischen Organ der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei "Nowe drogi":

"Man darf die Ostpolitik der Bonner Regierung nicht isoliert von ihrer Westpolitik betrachten. Die Bundesrepublik will eine aktiveren und selbständigeren Rolle in Westeuropa spielen, die ihrer Führungsposition in der EWG entspricht. Sie tritt als Verfechterin der wirtschaftlichen und einer späteren politischen Integration auf. Als Wirtschaftsmacht will sie auch eine politische Macht sein. Gleichzeitig lässt sie keineswegs von dem strategischen Ziel des deutschen Imperialismus ab, nämlich der Wiedervereinigung Deutschlands. Indem sie die DDR als zweiten, gleichberechtigten deutschen Staat anerkennt und auf das Alleinvertretungsrecht verzichtet, rechnet die jetzige Bonner Regierung damit, daß es auf friedlichem Weg, durch allseitig entwickelte Verbindungen besonders wirtschaftlicher und zwischenmenschlicher Art, gelingen werde, das Gefühl der deutschen Einheit zu erhalten und auf lange Sicht die Bedingungen für eine Wiedervereinigung zu schaffen.⁴²⁾"

42) Artur Starewicz: "Perspektywy bezpieczeństwa w Europie" in "Nowe drogi" Nr. 10, 1970, S. 15 (Sicherheitsperspektiven in Europa)

Die Dogmatiker unter den polnischen Kommunisten betrachten die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Ländern nicht nur als einen Beitrag zur Entspannung, sondern, wie Artur Starewicz es formuliert, auch als eine Herausforderung für die sozialistischen Länder, die sie zu einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Integration im COMECON und zu einer stärkeren Geschlossenheit im sozialistischen Lager zwingt. Allerdings waren in der zur Verfügung stehenden Literatur von 1971 solche Stimmen selten.

IV. Die Beziehungen zwischen Bonn und Ostberlin

Die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR wird polnischerseits als conditio sine qua non für eine Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den sozialistischen Ländern überhaupt wie auch zwischen Ost- und Westeuropa im allgemeinen betrachtet.

Zur Frage der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten gilt die Äußerung des ehemaligen polnischen Außenministers Adam Rapacki, auch heute noch. Im Jahre 1968 schrieb Rapacki:

"Ich bin nicht in der Lage zu sagen, wann und in welcher Form die Geschichte das deutsche Problem lösen wird. Es bestehen zwei deutsche Staaten. Diese Tatsache kann niemand mit friedlichen Mitteln gegen den Willen beider Staaten und ohne das Einverständnis der östlichen wie der westlichen Nachbarn Deutschlands und ganz Europas ändern. Daraus folgt, daß eine endgültige Lösung des Deutschlandproblems nur durch eine Annäherung und Verständigung beider deutscher Staaten mit Zustimmung ihrer östlichen wie westlichen Nachbarn und ganz Europas herbeigeführt werden kann. Und dies nur dann, wenn Europa sicher sein kann, daß eine solche Lösung keine Gefahren für Sicherheit und Frieden in sich birgt, d.h. es müssen schon solche Bedingungen gegeben sein, daß Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa funktionsfähig und gefestigt sind.⁴³⁾"

Im großen und ganzen deckt sich dieser Standpunkt Rapackis mit dem der übrigen polnischen Deutschlandexperten, die an der Deutschlandpolitik der BRD nicht weniger interessiert sind als an deren Polenpolitik. In der einschlägigen polnischen Literatur finden sich zahlreiche gut fun-

43) Adam Rapacki: "Niektóre aspekty bezpieczeństwa i współpracy w Europie" (Einige Aspekte der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 1, 1968, S. 8

diente, objektive Analysen über die Beziehungen BRD/DDR in ihren verschiedenen Entwicklungsphasen.

Aus diesem Material sollen hier nur einige besonders wichtige Punkte herausgegriffen werden. Dabei geht es weniger um eine detaillierte Darstellung des Entwicklungsprozesses als vielmehr um die Sichtbarmachung der erkannten Ansatzpunkte für grundlegende Wandlungen.

Nach einer Analyse von Brymas und Weres⁴⁴⁾ galten in der Ära Adenauer/Erhard wie auch - leicht abgeschwächt - unter der Regierung Kiesinger die Nichtanerkennung der DDR, der Alleinvertretungsanspruch und das Ziel, die Gesellschaftsordnung der DDR zu beseitigen und durch diejenige der BRD zu ersetzen, als geheiligte Prinzipien.

In den fünfziger Jahren gab es - so wird in diesem "Abriß der Entwicklung der Beziehungen zwischen DDR/BRD" festgestellt - Ansätze zu einer Auflockerung der festgefahrenen Situation. Als Beispiel dafür wird der Vorschlag der DDR vom 26. Juli 1957 zur Bildung einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten angeführt. Dieser Vorschlag wurde jedoch von der Bundesrepublik in einem Schreiben Adenauers an den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Bulganin, am 21. Januar 1958 abgelehnt. Zwei Tage später wurde die Ablehnung von dem damaligen Außenminister Heinrich von Brentano vor dem Bundestag begründet.⁴⁴⁾

44) Maria Brymas, Leszek Weres: "Zarys rozwoju stosunków wzajemnych między NRD i NRF w latach 1949-1970 na marginesie spotkań w Erfurcie i Kassel" (Abriß der Entwicklung der Beziehungen zwischen DDR/BRD 1949-1970 am Rande der Treffen in Erfurt und Kassel) in "Przegląd Zachodni" Nr. 5-6, 1970, S. 260 ff

Als ein zweiter Versuch wird in der gleichen Schrift der Deutschlandplan der SPD genannt, der von Parteiführung und Bundestagsfraktion am 18. März 1959 einstimmig beschlossen wurde. Dieser Plan sei insoweit wichtig gewesen, weil er sich mit den Problemen der europäischen Sicherheit befaßte. Dabei sei u.a. auch vorgeschlagen worden, eine Viermächtekonferenz unter Beteiligung von BRD und DDR einzuberufen. Die Polen sehen in diesem niemals verwirklichten Plan eine vertane Chance zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Der Deutschlandplan der SPD soll bei der DDR-Führungsspitze großes Interesse ausgelöst haben. Am 3. April 1959 habe die SED-Führung an die SPD ein Schreiben mit dem Vorschlag gerichtet, zwischen beiden Parteien Gespräche aufzunehmen. Am 6. April habe jedoch die SPD auf eine gemeinsame Aktion verzichtet.⁴⁵⁾

Erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre begannen sich nach den polnischen Darlegungen die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu verbessern, denn am 11. Mai 1967 bestätigte die Bundesrepublik zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Empfang eines Briefes, der vom Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Willi Stoph, geschrieben worden war. Er enthielt den Vorschlag zu einem Treffen in Bonn oder Ostberlin, um Fragen der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten zu besprechen. Zu diesem Zeitpunkt sei die Idee einer Konföderation nicht mehr aktuell gewesen. In ihrer neuen Verfassung vom 6. April 1968 war die DDR bereits als ein sozialistischer deutscher Staat bezeichnet und die Existenz zweier deutscher Staaten als Folge der vom Imperialismus aufgezwungenen Teilung Deutschlands offiziell proklamiert worden.

45) ebenda, S. 277

Erst die Große Koalition habe sich dazu bereiterklärt, mit der DDR offizielle Gespräche aufzunehmen. Im August 1968 sollten Gespräche sogar auf Ministerebene geführt werden. Es kam jedoch nur zum Abschluß eines Handelsabkommens Ende 1968. In den polnischen Stellungnahmen wird betont, daß sich in der westdeutschen Gesellschaft in dieser Zeit eine immer realistischere Tendenz und die Bereitschaft zur An- erkennung der DDR abgezeichnet habe. Doch erst die jetzige Koalitionsregierung habe die entscheidende Wende gebracht.

Das Erfurter Treffen vom 19. März 1970 und dasjenige in Kassel vom 21. Mai 1970 sind polnischerseits sehr genau verfolgt und analysiert worden. Die zwanzig Postulate Brandts werden jedoch nicht als Grundlage für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR akzeptiert. Besonders kritisiert man Brandts Konzeption der "besonderen Beziehungen" zwischen beiden deutschen Staaten. Bis Ende 1970 waren sich die polnischen Experten jedoch nicht einig, wohin die Entwicklung treiben würde. Auch ihre Kritik an der Brandtschen Konzeption war nicht völlig ablehnend. In der erwähnten Schrift von Brymas und Weres heißt es hierzu:

"Es ist heute noch schwer vorauszusehen, in welche Richtung der Lauf der Geschichte gehen und wie das Problem der innerdeutschen Beziehungen endgültig gelöst werden wird. Vielleicht wird die Geschichte den Nutzen der Theorie von 'besonderen Beziehungen' erweisen, aber sie müssen das Ergebnis des Normalisierungsprozesses sein, nicht sein Ausgangspunkt. Soll die Normalisierung ein kontinuierlicher Prozeß sein, so muß sie von der unter diesen Bedingungen einzigen möglichen Prämisse ausgehen: Gleichheit beider Seiten, was in der Praxis Anerkennung und Achtung des anderen Völkerrechtssubjekts bedeutet. Andernfalls wird die Theorie von den 'besonderen Beziehungen' zu einem Instrument der Diskriminierung, statt politische, rechtliche und ökonomische Barrieren zu überwinden.⁴⁶⁾"

In den einschlägigen polnischen Analysen von 1971 wird gewürdigt, daß die Bonner Koalitionsregierung auch in dieser Frage eine weitgehende Elastizität zeigt. Man ist der Auffassung, daß die Unterzeichnung der Verträge zwischen Bonn und Moskau bzw. Warschau, die Anerkennung des Status quo als Grundlage für die Politik gegenüber den sozialistischen Ländern und für die Europapolitik überhaupt zum Optimismus berechtigten. Überall kommt die Hoffnung zum Ausdruck, daß nach der Ratifizierung der beiden Verträge eine auch für die sozialistischen Länder akzeptable Normalisierung der Beziehungen zwischen BRD und DDR eintreten werde.

V. Die innergesellschaftlichen Wandlungen in der Bundesrepublik

In allen bedeutenderen polnischen Analysen, die sich mit den Entwicklungen in der Bundesrepublik beschäftigen, wird dem gesellschaftlichen Wandlungsprozeß besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Unter den polnischen Publizisten gibt es viele gute Kenner der westdeutschen Verhältnisse, wie Ryszard Wojna von "Zycie Warszawy" oder Mieczyslaw F. Rakowski von der angesehenen Wochenzeitschrift "Polityka". Besonders Rakowskis Ende 1969 in "Polityka" erschienene Reportagen haben sehr viel für die Ausräumung alter Klichévorstellungen und Vorurteile in Polen über die Deutschen in der Bundesrepublik bewirkt. Das Fazit dieser Artikel lautet etwa so: Die Gesellschaft der Bundesrepublik ist in einem Wandel begriffen. Dabei steht im Vordergrund ein Wandel in der Mentalität der Bevölkerung. An die Stelle des Nationalismus tritt immer mehr der Wille, nicht nur mit dem Westen, sondern auch mit dem Osten gute Beziehungen zu unterhalten. Es gibt dafür mannigfache Gründe, wobei zwei besonders wichtig sind:

- 1) Die Regierung Adenauer/Erhard und bis zu einem gewissen Grad auch die Kiesingers haben die Bundesrepublik außenpolitisch isoliert; ihre außenpolitischen Konzeptionen bewährten sich nicht in der Praxis;
- 2) In der Politik wird die mit der Vergangenheit belastete Generation immer mehr durch die jüngere Generation abgelöst; damit tritt eine neue Mentalität ins politische Leben.

Zu diesem Thema ist die polnische Literatur sehr umfangreich. Die vorliegende Arbeit beschränkt sich darauf, die Einschätzung der politischen Parteien in der Bundesrepublik,

insbesondere der deutschen Sozialdemokratie, die Rolle der Vertriebenenverbände sowie die Fragen des Militarismus und Nationalismus aus polnischer Sicht zu erörtern.

1. Die politischen Parteien

a) Die FDP

Über die FDP wird in der polnischen Fachliteratur laufend berichtet, insbesondere über ihre Entwicklung seit 1969. Der Sieg der Liberalen und die Ausschaltung des rechten Flügels um Mende und Zoglmann wird dabei als charakteristisch für die gesamte Entwicklung in der Bundesrepublik gewertet. Im großen und ganzen ist man sich jedoch unter polnischen Experten einig, daß auch die FDP das Schicksal aller liberalen Parteien Europas erwartet. Da sie nicht selbständig zur politischen Entwicklung in der Bundesrepublik beizutragen vermag, kann sie nur im Zusammenwirken mit den großen Parteien versuchen, ihre Ziele zu erreichen.

Besonders hervorgehoben wird die realistische Einstellung der FDP-Führung in der Außenpolitik. Im allgemeinen vermeidet man Prognosen über die Zukunft der FDP; es entsteht aber der Eindruck, daß der Trend zum Zweiparteiensystem negativ beurteilt wird.

b) Die DKP

Die DKP wird in den wesentlichen Analysen über die Bundesrepublik entweder überhaupt nicht oder nur am Rande erwähnt. Diese Einstellung geht u.a. aus einem Artikel von M. Rakowski aus dem Jahre 1970 hervor:

"... was die DKP, eine legal arbeitende Partei, und die bis heute verbotene KPD betrifft, so ist festzustellen, daß beide bis zum jetzigen Zeitpunkt keine ernstzunehmende Rolle im politischen Leben der Bundesrepublik gespielt haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich dies in den nächsten Jahren ändern wird. Vielleicht irre ich mich, aber mir scheint, daß einer der Wege zu einer größeren Bedeutung der Kommunisten im politischen Leben der BRD ein Brückenschlag zu den verschiedenen linken Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition wäre⁴⁷⁾"

Als die für das Schicksal der Bundesrepublik entscheidenden Kräfte werden von den polnischen Autoren nur die beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU angesehen. Auch hier fällt auf, daß die polnischen Publizisten die Entwicklung innerhalb dieser Parteien vorurteilslos und gründlich verfolgen. In einer polnischen Analyse über die SPD findet man kaum je die in der Sowjetunion bis heute vertretene These, daß die "rechten" SPD-Führer schlecht und reaktionär, das Fußvolk der Partei aber gut und fortschrittlich seien. Selbst bei der CSU und ihren Konzeptionen, bei Bemerkungen über Franz-Josef Strauß verzichtet man weitgehendst auf Beschimpfungen. Unter den zahlreichen Analysen über SPD und CDU/CSU soll hier denjenigen Priorität gegeben werden, die sich mit der Ost- bzw. Europapolitik befassen.

c) Die SPD

Janusz Sobczak stellt in seiner Analyse "Die Ostpolitik der SPD" fest, daß diese Partei sich in ihrer über hundertjährigen Geschichte fast bis Mitte der dreißiger Jahre außenpolitisch nicht engagierte. Erst 1945 sei es zu entscheidenden Veränderungen zugunsten der Außenpolitik gekommen, der fortan Priorität eingeräumt wurde. Seit 1945 habe sich die SPD auch durch einen starken Antikommunismus

47) "Polityka" Nr. 2 v. 10.1.1970, S. 10

in ihrer Ostpolitik ausgezeichnet. Schon Kurt Schumacher habe am 5. Oktober 1945 erklärt, daß die KPD eine überflüssige Partei sei. Die SPD habe eine Vereinigung mit den Kommunisten abgelehnt und der internationalen kommunistischen Bewegung gegenüber eine feindselige Haltung eingenommen.⁴⁸⁾

Weiter betont Sobczak: Unter dem Einfluß Schumachers entschloß sich die SPD zu einer "Unterstützung des territorialen Revisionismus". Auf dem II. Parteitag der SPD im Jahre 1947 in Nürnberg verkündete Schumacher, daß die SPD nicht bereit sei, auf alle Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie zu verzichten. In allen ihren Stellungnahmen sprach sich die SPD für einen einheitlichen, souveränen deutschen Staat aus. Während des III. Parteitags der SPD im Jahre 1948 in Düsseldorf meinte Schumacher, daß "die magnetische Kraft des Westens den östlichen Teil Deutschlands wie auch andere Oststaaten in ihren Bann zieht".

Sobczak vermerkt, daß auch Willy Brandt auf diesem Parteitag auftrat und in der Polemik mit den "Pessimisten" seine tiefe Überzeugung geäußert habe, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Westeuropa auf weite Sicht eine unleugbar notwendige Tatsache sei und von dieser Zusammenarbeit sehr viel abhängen werde. Dabei soll Brandt die "schlechten" Regierungen von den "guten" Völkern des Ostens abgrenzt haben. Noch weiter sei Herbert Wehner gegangen, der sich für eine Verbreitung sozialdemokratischer Ideen bei den Kommunisten ausgesprochen haben soll.

48) Janusz Sobczak: "Polityka wschodnia SPD" (Die Ostpolitik der SPD) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 1, 1969, S. 68

Sobczak faßt die Außenpolitik der SPD unter Schumacher folgendermaßen zusammen, wobei er sich auf ein Interview für das amerikanische Fernsehen vom 20. August 1952 kurz vor Schumachers Tod stützt:

"Gemäß der sozialdemokratischen Konzeption sollte die Wiedervereinigung Deutschlands gleichzeitig eine Schwächung der sowjetischen Außenpolitik, genauer eine Schwächung der Sowjetunion, bewirken. Die antisowjetische Einstellung war nicht nur eine Folge des traditionellen Antikommunismus der deutschen Sozialdemokratie, sondern gleichzeitig der von der SPD vertretenen nationalistischen Positionen, deren Realisierung vor allem durch das Bestehen der Sowjetunion, ihre Macht und ihren Einfluß verhindert wurde. Andererseits wurde, durch nationale Interessen motiviert, eine Tendenz sichtbar, mit der UdSSR einen Modus vivendi zu suchen.⁴⁹⁾"

Sobczak stellt seit März 1952 eine Änderung des SPD-Standpunkts in der Ostpolitik fest; die Partei verlangte nun von der Regierung, alle sowjetischen Noten genau zu studieren und jede Möglichkeit für Verhandlungen mit der Sowjetunion wahrzunehmen. Seit dieser Zeit habe die SPD begonnen, Erklärungen Adenauers (wie etwa diejenige, daß ein Bestandteil seiner Politik die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung in Osteuropa sei) oder des Staatssekretärs Hallstein (etwa seine in den USA geäußerte Konzeption einer "Integration bis zum Ural") zu kritisieren.⁵⁰⁾

Die nachfolgende Etappe stand - nach Meinung des Autors - unter dem Zeichen des Versuchs der SPD, eine eigene Konzeption zu entwickeln. Im allgemeinen habe die SPD alle Versuche unterstützt, die Beziehungen zur Sowjetunion und den sozialistischen Ländern zu verbessern. Jetzt habe sie

49) ebenda, S. 72 u. 73

50) ebenda, S. 73

auch die These von der Priorität der Wiedervereinigung als Voraussetzung für eine Entspannung modifiziert; die Auffassung, daß eine Politik der internationalen Entspannung die Chancen für eine Wiedervereinigung verbessere, sei nun in den Vordergrund getreten.

Als Beweise für die veränderte Haltung der SPD führt Sobczak an: Im Oktober 1956 habe Carlo Schmid erklärt, daß eine Verständigung über den Status quo an der Oder-Neiße-Linie erreicht werden müsse. Seit dieser Zeit hätten sich immer deutlicher die Unterschiede zwischen der Regierung Adenauer und der SPD in der Politik gegenüber den sozialistischen Ländern, insbesondere gegenüber der DDR abgezeichnet. Zwar habe die SPD die revisionistischen Positionen nicht ganz aufgegeben (zum Beispiel die Erklärung Erich Ollenhauers vom September 1956, daß die Sozialdemokraten niemals auf die Grenzen von 1937 verzichten würden), aber die SPD habe sich immer mehr von der "Position der Stärke" distanziert und von der Regierung Adenauer verlangt, mit den östlichen Nachbarn zu verhandeln. So habe Ollenhauer die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den östlichen Staaten vorgeschlagen, verbunden mit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter Ausklammerung der Grenzprobleme bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrags. Auf Initiative der SPD habe im Bundestag am 23. Januar 1958 die sogenannte Polendebatte stattgefunden, wobei Ollenhauer für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Warschau plädiert habe und dabei von Carlo Schmid stark unterstützt worden sei.

Mieczyslaw Rakowski zeigt übrigens bereits in seiner Arbeit "Die SPD in der Nachkriegszeit 1949-54"^{50a)} sehr viel Objektivität bei der Einschätzung der Außenpolitik der SPD in den Jahren 1954-58. Er stellt fest, daß "trotz

50a) Mieczyslaw F. Rakowski: "SPD w okresie powojennym 1949-1954" (Die SPD in der Nachkriegszeit 1949-54), Warszawa 1960, S. 171 f

aller Schwankungen und Inkonsistenzen die SPD in diesen Jahren zur einzigen Partei in der Bundesrepublik wurde, die der Außenpolitik von Bundeskanzler Adenauer Widerstand entgegensezte". Rakowski nennt als weitere positive Züge der damaligen Außenpolitik der SPD: Widerstand der SPD gegen atomare Aufrüstung, Eintreten für atomare Abrüstung und internationale Entspannung in Europa wie in der ganzen Welt; Zustimmung zum Rapacki-Plan; Vorschlag zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern, besonders zu Polen und zur Tschechoslowakei. Die Außenpolitik der SPD sei von 1954-58 realistischer und flexibler geworden. Im gleichen Zeitraum habe sie, obwohl sie sich weiterhin als antikommunistisch bezeichnete, Abstand von einem vulgären Antikommunismus genommen, wie er besonders unter Schumacher gang und gäbe gewesen sei. Rakowski konstatiert im Nachwort zu seinem Buch, das die Veränderungen zwischen 1954 und 1958 kurz behandelt, einige Erscheinungen, die ihn optimistisch stimmen:

"In der Außenpolitik der SPD zeichneten sich in den letzten Jahren Prozesse ab, die diese Partei zu einem ernsthaften Partner der politischen Kräfte machten, die für eine Entspannung der internationalen Lage und um Mittel und Wege kämpfen, den Ausbruch eines dritten Weltkrieges zu verhindern."

Sobczak behandelt in der erwähnten Analyse auch den Deutschlandplan der SPD vom April 1959:

"Das analysierte Dokument ist trotz vieler für die SPD typischer Inkonsistenzen in einigen Punkten ein Beweis für einen beachtlichen politischen Realismus, besonders was die Vergrößerung der potentiellen Gefahren in Europa anbelangt... Die SPD versuchte in ihrem Deutschlandplan ihre eigenen Vorschläge aufzugreifen und zu entwickeln. Diese wurden unter dem Druck der Parteimitglieder und Sympathisanten des Deutschlandplans, der wesentliche Elemente einer Alternative zu der schon damals unrealistischen Politik der Bundesregierung enthielt,

ausgearbeitet.⁵¹⁾"

1960 aber habe Herbert Wehner offiziell bekanntgegeben, daß der Deutschlandplan, wie auch andere solche Vorschläge der Vergangenheit angehörten, was mit einer intensiven Annäherung der SPD-Positionen an die der CDU/CSU gleichbedeutend gewesen sei. Diese Entwicklung sei von dem damaligen Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Wenzel Jaksch, der gleichzeitig zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe für die Untersuchung der SPD-Vorschläge von 1958 bis 1959 ernannt worden war, beeinflußt worden. Sobczak bezeichnet den "Jaksch-Bericht" als "antipolnische Schmähsschrift".

Anfang 1964 begann nach Sobczak eine neue Etappe in der SPD-Ostpolitik, nämlich die der Suche nach einer "neuen praktischen Variante in der Ostpolitik", was im Februar 1964, als Brandt zum SPD-Vorsitzenden gewählt wurde, besonders deutlich zu Tage trat.⁵²⁾

Aus den Materialien des SPD-Parteitags in Karlsruhe vom November 1964 hebt der Autor besonders hervor: Die Forderung nach einer Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern; keine Abkehr vom Revisionismus, aber eine elastischere Politik; Bemühungen, die Sympathien der osteuropäischen Völker für Deutschland zu gewinnen (Fritz Erler); die Bereitschaft, für die Wiedervereinigung Opfer zu bringen.

Diese Forderungen riefen nach den Darlegungen Sobczaks damals bei CDU/CSU und FDP heftige Kritik hervor und

51) Janusz Sobczak, a.a.O., S. 80 u. 81

52) ebenda, S. 51

führten zu der Parole: "Die SPD ist für eine Politik des Verzichts". Als nächster Markstein in der SPD-Politik wertet der Autor den Dortmunder Parteitag vom Juni 1966. Sobczak lobt Brandt für sein dort gehaltenes Plädoyer für "realistisches Denken" und attestiert ihm viel Mut.

In der zweiten Hälfte von 1966 sei es zu Spannungen zwischen der Bundesrepublik und ihren westlichen Verbündeten wegen der "anachronistischen Ostpolitik Bonns" gekommen, was einer der Gründe für den Zerfall der CDU/FDP-Koalition gewesen sei und Ende 1966 zur Bildung der Großen Koalition geführt habe.

In zwei Fällen zieht Sobczak die These der SPD in Zweifel, wonach ihr Beitrag zur neuen Ostpolitik der Großen Koalition entscheidend gewesen sei. In Wirklichkeit hätten sich diese Neuerungen auf einige formale Erklärungen beschränkt und lediglich eine etwas elastischere Taktik gezeitigt. Mit Zustimmung der SPD habe die Große Koalition folgende drei traditionelle Prinzipien aufrechterhalten: Die Nichtanerkennung der DDR, die Nichtanerkennung Berlins als eines besonderen Organismus, der nicht der Bundesrepublik angehöre, die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze.

Bis zur ersten Märzhälfte 1968 - betont der Autor - hieß es in allen SPD-Verlautbarungen, daß die Ostpolitik Willy Brandts auch von der CDU/CSU unterstützt würde. Dann sei auf dem Nürnberger Parteitag vom März 1968 ein neuer Schritt in der Ostpolitik der SPD getan worden: Willy Brandt sprach von einer Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur Regelung durch einen Friedensvertrag und in einer auf diesem Parteitag gefassten Resolution wurde auch eine Verbesserung der Beziehungen mit den osteuropäischen

Ländern befürwortet. Durch beides hätten sich die Konflikte der SPD mit der CDU/CSU und besonders mit den Vertriebenenverbänden beschleunigt.

Über den Außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg brachte "Przegląd Zachodni" einen ausführlichen Bericht. Darin wurde hervorgehoben:

Die Einberufung des Außerordentlichen Parteitags der SPD in Bad Godesberg im April 1969 habe im Zeichen der Vorbereitung auf die Bundestagswahlen gestanden. Während dieses Parteitags habe sich nach Meinung des polnischen Beobachters deutlich gezeigt, daß die Stimmung innerhalb der Partei inzwischen zugunsten eines realistischen Denkens und einer Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern umgeschlagen sei. Es sei nur dem Eingreifen von Brandt, Wehner und Schmidt zu verdanken gewesen, daß der Vorschlag, mit der Hallstein-doktrin endgültig zu brechen, nicht durchgesetzt werden konnte. Während die Masse der Parteimitglieder eine Abgrenzung der SPD-Ostpolitik von derjenigen der CDU/CSU gefordert haben, soll bei der Führungsspitze eine gewisse Tendenz zum Konformismus und zu einer "nicht programmatischen, sondern taktischen Evolution" verfolgt worden sein, was besonders bei der Motivierung der neuen Ostpolitik festzustellen gewesen sei. Angesichts der ernsten und zielbewußten Bemühungen der SPD, die Macht zu übernehmen und den Wahlkampf als neue Regierungspartei zu führen, erschien dies dem Autor jedoch weniger wichtig.⁵³⁾

Sulek analysiert eingehend die Einstellung beider Parteien der Großen Koalition in den Hauptfragen der Politik gegenüber Polen. Er erklärt u.a., daß die Sozialdemokraten

53) siehe Bericht über den Außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg im Jahre 1969 in "Przegląd Zachodni" Nr. 3, 1969, S. 188 ff

in der Regierung Kiesingers einen Standpunkt vertreten hätten, der "im Vergleich zu früheren westdeutschen Regierungen eine Reihe neuer Elemente enthält". Die SPD sei die Initiatorin für neue Vorschläge der Regierung gewesen, "der Motor für neue Initiativen der Regierung Kiesinger gegenüber Polen". Die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages von 1968 werden als "Kulminationspunkt der neuen Einstellung der westdeutschen Sozialdemokraten in der polnisch-deutschen Grenzfrage" angesehen. Wie andere Experten würdigt Sulek hierbei Willy Brandts persönlichen Beitrag, betrachtet sein Auftreten als die "erste Stimme eines westdeutschen Politikers für die de-facto-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze". Trotz "Inkonsequenzen und Einschränkungen" wird die Haltung der SPD gegenüber der DDR als ein großer Beitrag für die innere gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik gewertet. Sulek hebt einige Aufrufe der SPD an die Vertriebenen aus der Zeit der Großen Koalition hervor, die "Position des militanten Revisionismus aufzugeben".⁵⁴⁾

Sulek bezeichnet in einer vergleichenden Analyse der Reaktionen der größten politischen Parteien der Bundesrepublik auf die polnischen Vorschläge vom 17. Mai 1969 den Standpunkt der SPD als weitgehend positiv. Er unterscheidet sich vom Standpunkt der CDU/CSU in Form und Inhalt. Bedauernd stellt er fest, daß die SPD damals den verbindlichen Rahmen der geltenden politischen Leitlinien nicht überschritten habe, weil sie erst nach den Wahlen von 1969 einen konkreten Standpunkt beziehen wollte. Die SPD habe überhaupt versucht, vor den Wahlen allen Grundsatzserklärungen aus dem Weg zu gehen.^{54a)}

54) Jerzy Sulek: "Polityka rządu NRF...", a.a.O., S. 101

54a) ebenda

Aus diesen unvollständigen Hinweisen auf die Geschichte der SPD bis zu den Wahlen von 1969 läßt sich der generelle Standpunkt der polnischen Experten entnehmen. Der SPD wird ähnlich wie der CDU/CSU vorgeworfen, daß sie für den revisionistischen und nationalistischen Kurs der Bundesrepublik bis zum Beginn der sechziger Jahre mitverantwortlich gewesen sei. Zwar werden Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialdemokraten und Christlichen Demokraten in den fünfziger Jahren nicht übersehen, wirklich neue Elemente in der Ostpolitik der SPD jedoch erst ab Mitte der sechziger Jahre entdeckt. Das Gesicht der SPD hat sich von polnischer Warte erst nach den Wahlen von 1969 entscheidend gewandelt.

Manche polnische Experten sehen gewisse Wechselbeziehungen zwischen den Veränderungen innerhalb der SPD und denjenigen in der Gesellschaft der BRD überhaupt. Die Tatsache, daß sich bei den Wahlen von 1969 ein großer Teil der Angestellten und der Vertreter der freien Berufe zum ersten Mal für die SPD entschieden hat und es ihr außerdem gelungen ist, einen stärkeren Einbruch innerhalb des katholischen Bevölkerungsteils zu erzielen, wertet z.B. Ryszard Wojna als Beweis dafür, daß sich der "fortschrittliche" Teil der Bevölkerung immer deutlicher von dem "konservativen bzw. reaktionären" abgrenzt. Nur der SPD sei es gelungen, eine gemeinsame Sprache mit dem fortschrittlichen Teil der Bevölkerung zu finden.^{54b)}

Mieczyslaw Rakowski, Verfasser einer noch heute oft zitierten kritischen Studie über die SPD unter dem Titel

54b) Ryszard Wojna: "Zmiana polityki czy zmiana rządu?" (Wechsel in der Politik oder in der Regierung?) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 1 v. Januar 1970, S. 7 u. 8

"SPD - in der Nachkriegszeit 1949-1954", veröffentlichte gleich nach der Bildung der Regierungskoalition SPD/FDP in "Polityka" eine Reihe von Reportagen, in denen auch die Frage nach den Chancen der SPD angesprochen wird. Er wiederholt die These, daß die SPD mit dem Marxismus nichts mehr gemein habe, vielmehr zu einer liberalen, bürgerlichen Reformpartei geworden sei und die gesamte europäische Politik der Bourgeoisie und diejenige der USA in Europa unterstütze, und sich selbst immer als Partnerin des deutschen Bürgertums bezeichne. Rakowski fragt dann, wie es trotzdem möglich gewesen sei, daß Willy Brandt mit seiner Koalitionsregierung im Osten wie im Westen ein positives Echo gefunden habe. Er meint:

"Die SPD hat erkannt, daß die Politik der Christlichen Demokraten in eine Sackgasse geraten ist und ist deshalb mit einem Alternativprogramm aufgetreten. Eine Reihe von Programmpunkten der SPD ist fortschrittlich und spricht die breite Masse der Bevölkerung an.

Nach Meinung Willy Brandts muß Westdeutschland versuchen, die Gründe für das Mißtrauen ganz Europas gegenüber der Bundesrepublik zu beseitigen. Für dieses Ziel muß die innere Atmosphäre überwunden werden. Die Tatsache, daß die SPD-Führungsspitze nicht im deutschen Großbürgertum aufgewachsen ist, daß sie keine geistige Beziehung zum Dritten Reich hat, erleichtert ihr den Kontakt mit jenen Kräften in der Bundesrepublik, die einen Bruch mit der Politik der Verniedlichung der Vergangenheit Deutschlands fordern und auf den ganzen Komplex von Mythen verzichten wollen. Vom taktischen Standpunkt aus kann man sagen, daß die SPD-Führung erkannt hat, was in der westdeutschen Gesellschaft neu ist. Es fragt sich, ob sie sich für eine Unterstützung dieser neuen Kräfte entscheiden wird oder ob sie die Unentschiedenen und zum Widerstand Entschlossenen für sich gewinnen will. Eines ist sicher, die SPD kann vorwärts gehen, sie ist in der Lage, eine Bewegung nach vorwärts auszulösen.⁵⁵⁾"

55) "Polityka" v. 10.1.1970

d) Die CDU/CSU

Jerzy Sulek bezeichnet in seiner Analyse die CDU mit ihrer "bayerischen Spielart", der CSU, unter den christ-demokratischen Parteien dieser Welt als eine der erfolg- und einflußreichsten. Bis 1966 sei sie für die Politik der Bundesrepublik allein, bis 1969 mit der SPD immer noch überwiegend verantwortlich gewesen. Erst 1969 sei für sie eine vollkommen neue Phase angebrochen, auf die sie in keiner Weise vorbereitet war. Ihr schmerzlicher Übergang auf die Oppositionsbänke sei noch dadurch verschlimmert worden, daß ihre Politik nach ihrer zwanzigjährigen Herrschaft in vielen Punkten in Widerspruch "zur Logik einer weiteren erfolgreichen Entwicklung des westdeutschen Staatsgebildes" geraten sei.⁵⁶⁾ Dazu meint Sulek:

"Im Jahre 1969 - nach zwanzig Regierungsjahren in Bonn - stand die CDU/CSU vor einem Fiasko ihrer Politik, auf die sie ihre gesamte Nachkriegsstrategie und -taktik der staatlichen Politik der Bundesrepublik gestützt hatte. Als utopisch oder wenig realistisch erwiesen sich die christlich-demokratischen Konzeptionen - allen voran die Adenauerschen Ideen von einer Wiedervereinigung Deutschlands, die auf dem Fundament einer Politik der Stärke aufbaute. Die internationale Lage in Europa entwickelte sich in den letzten Jahren - und diese Entwicklung hält bis heute an - in einer ganz entgegengesetzten Richtung zu der von der CDU/CSU gewünschten.⁵⁷⁾"

Diese anachronistische Politik der Christdemokraten habe nach Suleks Ansicht die Bundesrepublik auf internationaler

56) Jerzy Sulek: "Chadecja w NRF - kontynuacja czy zmiana?" (Die Christdemokraten in der BRD - Kontinuität oder Veränderung?) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 4/1971, S. 5

57) ebenda, S. 6

Ebene isoliert, ihr revisionistisches und entspannungsfeindliches Programm sei Ende der sechziger Jahre zu einer Belastung für eine fortschrittliche Entwicklung in beiden Teilen Europas geworden.

Wie andere Autoren meint auch Sulek, daß die Erkenntnis der Disfunktionalität der anachronistischen Politik dieser Partei in den Führungsgremien der CDU sehr rasch vollzogen worden und damit auch das Bedürfnis nach Veränderungen und Reformen gewachsen sei, u.a. auch in Fragen der Ostpolitik: "Im Endeffekt befindet sich die westdeutsche Christliche Demokratie in der Ost- und Deutschlandpolitik auf den Positionen, die die SPD vor etwa fünf Jahren eingenommen hatte! Da der Abstand zwischen der CDU und der SPD sehr groß sei, meint Sulek mit anderen Autoren, daß ein Einholen der SPD eine der Hauptschwierigkeiten für die Christdemokraten werden dürfe:

"Ja mehr noch, die Aufgaben der Christdemokraten, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, ihr Programm zu modifizieren und zu modernisieren, desgleichen die Tätigkeit der Partei, sind heute noch schwieriger, weil der inzwischen aufgetretene Abstand ständig aufgrund bestimmter Aktionen der Regierung Brandt/Scheel zunimmt. Die Regierung der 'Kleinen Koalition' schuf durch ihre Außen- und Innenpolitik bestimmte irreversible Tatsachen. Im Lichte der aktuellen Politik der Regierung ist die christdemokratische Opposition zu einem ständigen Hinterherhinken hinter der politischen Entwicklung verurteilt, bei einer Entwicklung, in der sie selbst weder der herrschende noch der bestimmende Teil ist, ganz zu schweigen davon, daß man die Regierung überholen könne.⁵⁸⁾"

Mehrere polnische Autoren analysieren die gesellschaftliche Basis jeder Partei und widmen überhaupt der Unter-

58) ebenda, S. 8

suchung der innergesellschaftlichen Entwicklung große Aufmerksamkeit, ein Vorgehen, das ihre Analysen sehr stark verschlicht. Im Falle der CDU/CSU versuchen sie den Nachweis zu führen, daß sie aufgrund der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitglieder- und Anhängerschaft eine Partei der Reichen und der Unternehmer sei, die nationalistische - bis hin zu nazistischen - Elemente anziehe, desgleichen solche Kreise, die ungeachtet ihrer sozialen Herkunft konservativ eingestellt seien. Die soziale Basis der Partei sei deshalb ein großes Handicap für Reformen. Polnische Deutschlandexperten betonen andererseits, daß deutliche Veränderungen in der Einstellung der Beamten festzustellen seien, die während der zwanzigjährigen Herrschaft der CDU/CSU deren wichtigste Stütze bildeten.

Die Führung der Christdemokraten habe begriffen, daß bestimmte organisatorische Veränderungen notwendig seien, um ihre Mitgliederbasis zu erweitern und sich so das Profil einer echten Volkspartei zu geben. Sulek macht schließlich auf die Überalterung der Führungsgremien von CDU/CSU aufmerksam, die sich aus einer Generation rekrutierten, deren Karriere und Bewußtsein in der Zeit des Kalten Krieges geformt wurden, deren Antikommunismus und Scharfmacherei in Fragen der internationalen Lage zu echten Aufstiegsmechanismen gedeihen mußten.

In der polnischen Fachliteratur findet sich eine relativ große Anzahl von gesonderten Analysen der Schwesterpartei CSU, die als Rechtsaußen der Union angesehen wird. So bemerkt Sulek: "Die Namen von Strauß, von Guttenberg oder Jäger wurden zu Synonyma für den kompromißlosesten Antikommunismus, des flammenden großdeutschen Nationalismus und des gesellschaftlich Reaktionären." Seine Antwort auf die Frage, wie dies möglich gewesen sei, lautet:

"Das war deshalb möglich, weil die CSU ihre Operationsbasis in Bayern besitzt, einem der reaktionärsten und der am weitesten rechts orientierten Länder der Bundesrepublik. Es war auch deshalb möglich, weil die CSU nicht nur die Repräsentantin des bayerischen Teils der westdeutschen besitzenden Klasse ist, sondern gleichzeitig auch der wichtigste Exponent der westdeutschen Rüstungsindustrie auf der Bonner politischen Bühne, der feudalbourgeoisen Magnaten und des konservativen katholischen Klerus war und auch zur 'Fahne' und politischen Transmission in Richtung Bonn für die extreme Rechte und die neofaschistischen Kräfte wurde.⁵⁹⁾"

In einer polnischen Analyse des CSU-Parteitages in Nürnberg vom 3.-4. Juli 1970 wurden folgende Feststellungen getroffen: Während die Christdemokraten inzwischen zwangsläufig nach Reformen suchten, habe der Nürnberger Parteitag der CSU bestätigt, daß sich dieser rechte Flügel von Westdeutschlands Christdemokraten noch weiter nach rechts entwickele. Er bediene sich dazu einer "totalen und brutalen Kritik" an der Regierungskoalition, wobei gegenüber Willy Brandt Beschimpfungen und Verleumdungen offensichtlich als legitimes Mittel gelten. Mit dieser Taktik versuche die CSU, vom Zerfallprozeß der NPD zu profitieren und den noch immer beträchtlichen Teil neonazistischer Elemente in der Bundesrepublik für sich zu gewinnen. Ein zweites Charakteristikum des Parteitags sei der Versuch gewesen, sich von einer lokalen bayerischen Partei zu einer überregionalen, die gesamte westdeutsche Politik bestimmenden Kraft zu verwandeln, ein Kurs, der auf die persönliche Dynamik und die Pläne ihres Führers, Franz-Josef Strauß, zugeschnitten sei. Der Autor der Analyse, Ryszard Drecki, betrachtet allerdings auch diese rechten Eskapaden nur als eine Episode im gesamten Gärungsprozeß

59) ebenda, S. 11

der Union.⁶⁰⁾

Sulek kommt in seinem Urteil über Strauß und seine Partei zu dem Schluß, daß es im Interesse von Strauß und der CSU liege, mit der CDU gewisse gemeinsame Standpunkte zu finden, ohne dabei die eigenen Positionen aufzugeben. Suleks Ansicht nach wird es zur wichtigsten Aufgabe der CSU, den Rechtskurs der CDU um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Die Beschlüsse des Düsseldorfer CDU-Parteitages vom Januar 1971 bieten ihm die Bestätigung für seine Annahme, daß ein Rechtsruck der CDU hin zu den Positionen der CSU deutlich zu erkennen sei.⁶¹⁾

Besonders interessant ist die Bewertung der Ostpolitik der CDU/CSU durch polnische Experten, insbesondere ihre Polen-Politik. Im Prinzip sei zwar die Haltung der CDU/CSU in Fragen des Status quo, der DDR, der Ratifizierung der Verträge mit Polen und der Sowjetunion unverändert geblieben, doch glaubt Sulek einen gewissen Evolutionsprozeß zu erkennen. So zitiert er die Vorschläge der Kohl-Köppler-Kommission zum neuen Parteiprogramm, worin unter bestimmten Voraussetzungen eine Anerkennung der DDR nicht ausgeschlossen werde. Entsprechende Passagen aus diesem Vorschlag seien allerdings auf dem Düsseldorfer Parteitag ausgeklammert worden. Dennoch gilt ihm dieser Vorschlag prominenter CDU-Führer als ein kleiner Schritt nach vorn. Während des Düsseldorfer Parteitages seien auch Anträge abgewiesen worden, die "antirevisionistische" Vorschläge enthielten. Der Autor glaubt, eine Mischung alter und neuer Begriffe und Thesen in den Pro-

60) Ryszard Drecki: "Norymberski zjazd CSU (3.-4.7.1970)"
(Der Nürnberger Parteitag der CSU) in "Przegląd
Zachodni" Nr. 5-6/1970, S. 335 ff

61) Jerzy Sulek, "Chadecja...", a.a.O., S. 11

grammen von CDU und CSU feststellen zu können, wozu auch ihre Haltung gegenüber den sozialistischen Ländern gehöre. Die CDU/CSU sei zwar gegen die Anerkennung des Status quo in Mitteleuropa, gleichzeitig aber unter dem Druck der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik und der westlichen Verbündeten dazu gelangt, ihre erste Reaktion auf die Ostpolitik der Regierung Brandt-Scheel zu modifizieren. Die prinzipielle Ablehnung und der Kollisionskurs seien abgeschwächt worden, die Verträge als solche würden nicht von vornherein abgelehnt, die CDU/CSU wolle nur "verbesserte" Verträge.⁶²⁾

Zur Polenpolitik der CDU/CSU stellt Sulek einen gewissen Fortschritt im Vergleich zu früheren Jahren fest. Die Christdemokraten seien bereit, das Recht des polnischen Volkes auf "garantierte Grenzen" anzuerkennen, dächten dabei aber nicht an die jetzigen Grenzen. Aus diesem Grunde sei der Vorschlag der Jungen Union auf dem Düsseldorfer Parteitag abgelehnt worden, wonach mit Polen keine Grenz-, sondern nur Gewaltverzichtsabkommen abgeschlossen werden sollten, die mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen und einer umfassenden Zusammenarbeit zu verknüpfen seien. Sulek ergänzt seine Ausführungen durch abwägende Kommentare:

"Es wäre aber ein Fehler, wollte man übersehen, daß sich auch auf diesem Abschnitt Veränderungen in der Haltung der Christdemokraten abzeichnen. So enthält z.B. der durch die Fraktion der CDU/CSU am 4. Dezember 1970 eingebrachte Resolutionsentwurf bei all seiner Inkonsistenz und seinen unrealistischen Forderungen ein gewisses Novum: Die Christdemokraten haben darin erstmals ihre Bereitschaft erklärt, mit den Polen einen modus vivendi zu suchen, der auf einer 'vertraglichen Regulierung, die sich aus der Oder-Neiße-Linie

62) ebenda, S. 17

ergibt' basieren solle. Man sollte dies so interpretieren, daß unter bestimmten Voraussetzungen die CDU/CSU die Möglichkeit einräumt, mit Polen ein Abkommen zu schließen, das die Form einer zeitlich begrenzten Respektierung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik bis zu einer Wiedervereinigung Deutschlands darstellt. Auf diese Weise haben sich die Christdemokraten den Positionen angenähert, die von der SPD auf ihrem Parteitag in Nürnberg 1968 eingenommen wurden.⁶³⁾"

Suleks Analyse der Union wurde hier stellvertretend für ähnliche Arbeiten und Stellungnahmen ausführlicher abgehandelt. Wie erwähnt, wird die CDU/CSU nie isoliert betrachtet, sondern werden dabei stets die internationale Lage und der gesellschaftliche Hintergrund berücksichtigt. Das führt zu recht optimistischen Schlußfolgerungen in bezug auf die Christdemokraten, was sich in folgender Logik zeigt: Wenn sich die gesamte Gesellschaft im Umbruch befindet, dann können auch die Christdemokraten nicht länger abseits stehen, sondern müssen notgedrungen nach neuen Formeln suchen, um ihre Außenpolitik realistisch zu gestalten, sie müssen ihre Forderungen ständig an deren Verwirklichungschancen messen. Bezeichnend für diese Einstellung ist eine Bemerkung Rakowskis in einer Reportage aus Bonn:

"... Sehr oft bin ich auf die Meinung gestoßen, daß die CDU im Grunde genommen damit zufrieden sei, daß die SPD die 'Drecksarbeit' für sie leiste. Was wird bleiben? Wahrscheinlich die Taktik, sehr viele Bedenken anzumelden, es wird versucht werden, die Rolle eines Verteidigers der 'nationalen Interessen' zu spielen, die Ratifizierung hinauszuzögern usw. Es wird eine Taktik des 'ja-nein', des 'ja - aber'. Ich persönlich glaube, der entscheidende Kampf zwischen CDU und SPD wird sich im innenpolitischen Bereich abspielen. Dies ist ein viel bedeutsamerer Bereich.⁶⁴⁾"

63) ebenda, S. 19

64) "Polityka" vom 28. November 1970

In seiner Analyse der Stellung der einzelnen Parteien in der Polenpolitik charakterisiert Sulek im Jahre 1971 rückblickend die der CDU/CSU mit folgenden Worten:

"Die Christdemokraten repräsentierten in der Regierung Kiesinger die 'traditionelle' revisionistische Haltung... Ihr Hervortreten in der Frage der polnischen Westgrenze unterschied sich von sozialdemokratischen Erklärungen durch ihren offen, ja eindeutig revisionistischen Inhalt. Die CDU/CSU verweigerte Polen selbst das moralische Recht auf seine West- und Nordgrenze... In der Regel sprach sie von 'Verbrechen der Verbündeten am deutschen Volk', distanzierte sich von der 'Nürnberger Formel' der SPD, von einer 'Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Grenze bis zu einem Friedensvertrag'... Die christdemokratische Partei unterhielt engste Verbindungen und enge Zusammenarbeit mit dem revisionistischen Vertriebenenlager. Äußeres Anzeichen dafür waren, daß das Vertriebenenressort zweimal mit Christdemokraten besetzt wurde (die Minister K.U. v. Hassel und H. Windelen) und in den Reihen der CDU/CSU sehr viele Funktionäre revisionistischer Vertriebenenorganisationen standen.^{64a)}"

Die Reaktion der CDU/CSU auf Gomulkas Vorschläge vom Mai 1969 schildert Sulek so:

"Die Führung der CDU/CSU hat zunächst kein Wort über den polnischen Vorschlag verloren, wenn man vom nicht direkt repräsentativen Auftreten von Vertretern des rechten Flügels der Christdemokraten absieht: des ehemaligen Vertriebenenministers J.B. Gradl und des Sprechers der Schlesischen Landsmannschaft H. Czaja, die mit verdächtiger Eile sehr rasch gegen eine eventuelle Annahme des polnischen Vorschlags seitens der Bundesrepublik auftraten. Die Führung der christdemokratischen Partei nahm etwas später vorsichtiger und abwartender zum polnischen Vorschlag Stellung. Charakteristisch ist, daß sie sich unter dem Druck der rechten und revisionistischen Kräfte der CDU/CSU gegen eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze aussprach, indem sie dieses Problem bis zum Abschluß eines Friedensvertrages hinausschob. Es mangelte auch nicht an Vorwürfen, auf diese Weise würde

64a) Jerzy Sulek: "Polityka rządu NRF...", a.a.O., S. 100

sich Polen durch Schützenhilfe für die realistischen und fortschrittlichen Parteien in den Wahlkampf in der Bundesrepublik einmischen, es mangelte auch seitens der Christdemokraten nicht an Warnungen vor einer Über- schätzung des polnischen Vorschlags, doch gab es auch konstruktive Stimmen zum polnischen Vorschlag und solche, die eine vorsichtige Bereitschaft für die Aufnahme von Gesprächen mit Polen ausdrückten.^{64b)}"

Leider fehlten bei Abschluß dieser Studie Analysen der jüngsten Taktik der CDU/CSU. Es herrscht der Eindruck vor, daß die polnische Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Hinauszögerung der Ratifizierung der Verträge verunsichert ist, und daß wohl auch aus diesem Grunde in Tageszeitungen – von Kurzinformationen und unbedeutenden Kommentaren abgesehen – vorläufig noch keine fundierten Analysen erschienen sind.

2. Die Vertriebenenverbände

In polnischer Sicht sind, wie erwähnt, die Vertriebenenverbände die Hauptträger des Gebietsrevisionismus und des bundesdeutschen Nationalismus. Manche Analysen erinnern daran, daß politische Kreise in der Bundesrepublik nach 1945 gegenüber den Heimatvertriebenen zur gleichen Politik greifen wollten, wie sie die arabischen Länder gegenüber den Palästina-Flüchtlingen praktizieren, d.h. ihnen jegliche Integrationsmöglichkeiten in der eigenen Gesellschaft verweigern, eine Vorstellung, die sich rasch als utopisch erwies. Unter dem Druck der Besatzungsmächte und um Wählerstimmen zu gewinnen sei die wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge sogar gefördert worden. Nach

64b) ebenda, S. 103

Jerzy Sulek hätten aber von Anfang an die Behörden der Bundesrepublik alles unternommen, um die Vertriebenen in eigene Organisationen zu drängen und ihre politischen Ziele zu unterstützen. Sulek zitiert eine Erklärung des damaligen Botschafters in London, Schlange-Schöningen, vom Oktober 1949: "Wir brauchen die Flüchtlinge, um Druck auf die Wiedergewinnung unserer Ostgebiete ausüben zu können."⁶⁵⁾ Er zitiert auch den seinerzeitigen Vertriebenenminister Theodor Oberländer mit der Behauptung, eine Integration könne nur als Provisorium angesehen werden, aber nie und nimmer "dürfen wir auf das Recht auf die Heimat verzichten", die Vorbereitungen zur Rückkehr müßten parallel zur wirtschaftlichen Eingliederung laufen. Die gesamte Politik der Bundesregierung sei darauf gerichtet gewesen, die innere Einigkeit der Vertriebenen zu fördern, ihre Traditionen zu pflegen, die Forderung nach Rückkehr in die Heimat zu unterstützen u.a.m.

Sulek betont auch die engen Verflechtungen der Regierungen Adenauer und Erhard mit den Vertriebenenverbänden, die vor allem nach außen eine politische Funktion zu erfüllen gehabt hätten: Sobald sich eine Ost-West-Entspannung anbahnte, mobilisierten die Vertriebenenverbände die westdeutsche Öffentlichkeit im Geiste des Revisionismus und lieferten der Bundesregierung somit das Argument, daß sie ja unter dem Druck der eigenen Gesellschaft "alle verfrühten und überhöhten Konzessionen" des Westens gegenüber den sozialistischen Ländern ablehnen müsse.

65) Jerzy Sulek: "Organizacje przesiedlencze a 'nowa polityka wschodnia' NRF" (Die Vertriebenenorganisationen und die 'Neue Ostpolitik' der Bundesrepublik) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 6/1968, S. 36

Erste Anzeichen für veränderte Beziehungen zwischen Vertriebenenverbänden und Regierung hätten sich unter der Großen Koalition gezeigt. Sulek behauptet: "... man konnte beobachten, daß die Beteiligung der SPD an der Regierungskoalition bei den Vertriebenenverbänden mit gemischten Gefühlen aufgenommen wurde". Zu einem ersten Zusammenstoß zwischen den Parteien und den Vertriebenenverbänden sei es Ende 1966, als das Problem der Umorganisation bzw. der Abschaffung des Vertriebenenministeriums zur Debatte stand, gekommen. Es sei den Verbänden mit Hilfe der CDU und CSU gelungen, das Ministerium zu retten. Damals hätten die Verbände selbst sowie verschiedene Einzelpersonen in Appellen und Resolutionen eine klare Stellungnahme der Regierung zum Flüchtlingsproblem gefordert. Kiesingers Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 habe die Vertriebenen jedoch keineswegs befriedigt.

Sulek verfolgt den weiteren Verlauf der Beziehungen zwischen Regierung und Vertriebenenverbänden in den Jahren 1966 und 1967, so auch die Versuche der Vertriebenenverbände und des Vorstands der SPD, eine gemeinsame Sprache zu finden. Er erwähnt ein Communiqué über ein Gespräch vom 6. Oktober 1967, in dem es hieß, beide Seiten hätten sich über die Nichtanerkennung der DDR und ihrer Grenzen geeinigt, ebenso darüber, daß die Oder-Neiße-Linie nicht die Grenze zwischen Polen und Deutschland bilde. Sulek bemüht sich um ein Maximum an Objektivität und Flexibilität in der Auslegung dieses Dokumentes, aus dem er herauslesen möchte, daß eine volle Übereinstimmung zwischen den Vertriebenenverbänden und der SPD nicht bestanden habe.

Die entscheidende Veränderung in den Beziehungen zwischen Regierung und Vertriebenenverbänden habe mit der Großen

Koalition begonnen, deren beiden Parteien es jedoch gelungen sei, die Tätigkeit der Vertriebenenverbände den aktuellen politischen Bedürfnissen anzupassen. Einige Parteipolitiker hätten sogar versucht, die Vertriebenenfunktionäre davon zu überzeugen, daß die neue Elastizität gegenüber dem Osten ein Fortschritt bei der Verwirklichung ihres Heimatrechtes sei. Im bürokratisierten und verknöcherten Apparat der Vertriebenen sei nach dem Tod der Politiker der alten Generation Wenzel Jaksch und Christoph Seeböhm eine gewisse Verjüngung der Funktionäre eingetreten. Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen wurde der Sozialdemokrat R.E. Rehs, sein Stellvertreter der CDU-Politiker E. Jahn. Beide hätten der Regierung Kiesinger die Garantie für ein gewisses Maß an Kooperation geboten. 1967 hätten die Vertriebenenverbände dann ihre Position ausgebaut und im Juli jenes Jahres den "Arbeitskreis der CSU für die Ost- und Deutschlandpolitik" unter dem Vorsitz des rechtsextremistischen W. Becher gebildet. Die Wahlerfolge der NPD werden dahingehend gedeutet, daß die "Verzichtspolitik" der Regierung den Neonazismus in der Bundesrepublik förderte.

Suleks Analyse endet mit der Feststellung, daß während der Großen Koalition die Formen der politischen Zusammenarbeit zwischen Regierung und Vertriebenenverbänden reicher geworden seien, und daß die "revisionistische Argumentation" der Großen Koalition eine günstige Basis für eine gemeinsame Sprache geliefert habe.

Eine neue Situation sei durch die Regierungsbildung unter Willy Brandt entstanden. "Przegląd Zachodni" veröffentlichte im April 1971 eine detaillierte Chronik der Aktionen der Vertriebenenverbände gegen die Regierung Brandt/Scheel und gegen die Normalisierung der Beziehungen der

Bundesrepublik zu Polen, zur Sowjetunion und zur DDR in den Monaten Januar bis Oktober 1970.⁶⁶⁾ Diese Aufstellung verzeichnet die gesamte Entwicklung, die zum Bruch zwischen Regierung und Vertriebenenverbänden führte. Auch Einzelheiten, die damals bekannt wurden, z.B. über die Finanzierung der Vertriebenenverbände, sind in dieser Chronik enthalten. Die regierungsfeindliche Einstellung der Vertriebenenorganisationen sei einer der Gründe dafür gewesen, ihnen die finanziellen Zuschüsse zu sperren. Eine Reihe von Zeitungen und Pressediensten habe ihr Erscheinen einstellen müssen. Hauptangriffsziel der Verbände sei die SPD, die sich immer als sehr großzügig erwiesen hätte, wenn es darum ging, Vertreter der Vertriebenen auf ihre Wahllisten zu setzen. Der Parteiaustritt von Rehs und sein Übertritt zur CDU erfolgte noch vor der Bundestagswahl von 1969. Der SPD-Abgeordnete Herbert Hupka sei einer der wichtigsten Sprecher der Verbände gegen die Regierungskoalition und ihre Ostpolitik.

Die gegenwärtige Einschätzung der Situation der Vertriebenenverbände ist ambivalent. Wie bereits an anderer Stelle gesagt, sehen die polnischen Experten in verschiedenen entschlossenen Schritten Brandts gegenüber den Vertriebenenverbänden den Versuch, nationalistischen und revisionistischen Auswüchsen Einhalt zu gebieten. Man registriert auch, daß es Vertriebenenfunktionären wie Czaja, Becher und Hupka nicht gelungen sei, trotz intensiver Bemühungen die Vertriebenen geschlossen hinter sich zu bringen. Eine Reihe von Organisationen unterstütze vielmehr die heutige Regierung. Es wird konstatiert, daß der Widerstand ganzer Gruppen in den Verbänden gegen die heutige Leitung des Bundes der Vertriebenen in jüngster Zeit auffallend

66) "Przegląd Zachodni" Nr. 4/1971, S. 454 ff

stark zugenommen habe.

Andererseits habe die extremistische und mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln geführte Anti-Brandt-Paganda bei allen rechtsgerichteten Organisationen und Kreisen, besonders aber bei der CSU, ein lebhaftes Echo gefunden. Gerade dies ist entscheidend dafür, daß die Vertriebenenverbände trotz ihrer erschütterten Position in der Gesellschaft von polnischer Seite weiterhin als wichtigster Herd des Rechtsextremismus gelten. Man registriert aufmerksam die Kontakte der Vertriebenenverbände zu einigen deutschen Kreisen in den USA, von denen sie auch finanzielle Unterstützung erwarten würden. Die Bildung der "Sudetendeutschen Stiftung" in Bayern im Juli 1970 beweist in polnischer Sicht, daß es in der Bundesrepublik noch viele finanzielle Fördererkreise gebe, die nach dem Versiegen der staatlichen Quellen einspringen.⁶⁷⁾

3. Nationalismus und Militarismus

An dieser Stelle braucht nicht näher auf die Gründe eingegangen zu werden, die die polnische Seite geradezu allergisch auf alle Anzeichen von Nationalismus auf der politischen Bühne der Bundesrepublik, aber auch in deren Gesellschaft überhaupt reagieren lassen. Diese Reaktion steigerte sich vor allem, nachdem es der NPD gelungen war, relativ beachtliche Wahlerfolge zu erzielen, ein Phänomen, das ja auch bei den westlichen Verbündeten und

67) ebenda, S. 478 f

unter den demokratischen Kräften der Bundesrepublik erhebliche Besorgnis auslöste. Polnische Publikationen brachten zahlreiche Untersuchungen über die NPD, und zeitweilig glaubte man tatsächlich an ein Wiederaufleben des Faschismus. Seit der Bundestagswahl von 1969 konstatieren die polnischen Experten mit offener Befriedigung den Zerfall und Bedeutungsschwund der NPD.

Neben den Vertriebenen ist für Polens Deutschlandspezialisten die Bundeswehr eine gefährliche Brutstätte des Nationalismus, wenn auch in letzter Zeit weniger bedrohlich. Die "nationalistische Schulung der Bundeswehrsoldaten" einerseits und der "Einfluß der Rechtsextremisten in den Streitkräften" andererseits sind Themen, mit denen sich mehrere Autoren eingehender beschäftigen. Julian Sokół betont in seiner Analyse⁶⁸⁾, daß die Tendenz, die Soldaten "mit einer stark ideologischen Einstellung" zu erziehen, seit den fünfziger Jahren eng mit dem Bestreben Westdeutschlands verknüpft gewesen sei, die Folgen des Zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen und den Status quo in Europa zu revidieren. Mit der gestärkten Position der Bundeswehr in der NATO und durch die erfolgreiche Konsolidierung der Streitkräfte sei die anfangs nur vorsichtig akzentuierte nationalistische Erziehung mehr und mehr in den Vordergrund gerückt und mit dem Nationalismus auch Traditionen und Vorbilder aus der Hitlerzeit. Sokół nennt drei Grundprobleme, die mit diesem Wandel in der Erziehung zusammenhängen:

68) Julian Sokół: "Nacjonalistyczne wychowanie żołnierzy Bundeswehry" (Die nationalistische Erziehung der Bundeswehrsoldaten) in "Sprawy Międzynarodowe" 6/1968, S. 92 ff

1. Der Rückgriff auf die Vergangenheit, um den Soldaten Antikommunismus einzimpfen und ihr antikommunistisches Verhalten ständig zu stärken;
2. Ein Kult mit der nazistischen Vergangenheit, um so Revanchismus und Revisionismus zu stärken;
3. Die Verwendung bestimmter Elemente der Vergangenheit für die Herausbildung der moralischen und kämpferischen Eigenschaften der Soldaten.⁶⁹⁾

Ohne Sokóls Artikel hier näher zu analysieren, sei nur darauf hingewiesen, daß er eine detaillierte Zusammenstellung aller Ereignisse in der Bundeswehr, in deren Kasernen und militärischen Gruppen bringt, vor allem aus der ersten Hälfte der sechziger Jahre, die als neonazistische Entartungen und Ausschreitungen zu bezeichnen sind. Sokół betont abschließend die Rolle des Offizierskorps im Rahmen dieser Erziehung: "Noch heute stammen alle Generäle und fast alle Stabsoffiziere aus Hitlers Wehrmacht."

In der Zeit, als die NPD in voller Blüte stand, ließen sich besonders viele Beispiele für ein Überhandnehmen solcher nazistischer Entartungen finden. Der Einfluß der NPD in der Bundeswehr ist Gegenstand verschiedener Untersuchungen; als die fundierteste kann man dabei die von Jerzy Sulek ansehen.⁷⁰⁾

Nach der Bildung der Regierung Brandt ist ein gewisses Nachlassen des Interesses der Deutschlandexperten an der

69) ebenda, S. 93

70) Jerzy Sulek "NPD a Bundeswehra" (NPD und Bundeswehr) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 6/1969, S. 75 ff

Entwicklung innerhalb der Bundeswehr zu registrieren, was auch als abwartende Haltung gedeutet werden kann. Man hofft, daß auf Initiative der Regierung gewisse Neuerungen eintreten werden, obwohl man sich bis heute nicht über bestimmte Vorbehalte hinwegsetzen kann. Ryszard Wojna übernimmt in seiner Analyse aus dem Jahre 1970 die These sowjetischer Dogmatiker, daß ein Teil der rechtsextremistischen Generäle und Offiziere davon überzeugt sei, daß gerade die SPD mit besserem Erfolg als die CDU/CSU eine Reihe ihrer wichtigen Anliegen befriedigen könnte. Die Mehrheit der Bundeswehröffiziere will nach Wojna "in den heutigen Zeiten alte Traditionen übernehmen, weiß aber, daß das alles nur dann möglich ist, wenn man all das akzeptiert, was das heutige politische Leben der Bundesrepublik von früheren Geschichtstappen Deutschlands unterscheidet".⁷¹⁾ Wojna behauptet, bereits bei der Bildung der Großen Koalition habe die Bundeswehr in der Person von Helmut Schmidt "den idealen Kandidaten für den Posten ihres obersten Dienstherrn" gesehen und "es ist nicht ausgeschlossen, daß unabhängig von der hohen Einschätzung seiner Begabung dabei auch die Hoffnung eine Rolle spielt, daß die westlichen Verbündeten der Bundeswehr weniger allergisch auf die Forderungen, das Gewicht der Bundeswehr bei NATO-Beschlüssen zu stärken, reagieren, wenn sie von einem Sozialdemokraten erhoben werden".⁷²⁾

Auffallenderweise beschränkte sich 1971, besonders in der zweiten Jahreshälfte, die polnische Publizistik darauf, einzelne Informationen zu liefern, während größere Analysen zu diesem Thema fehlen. (Rein militärische Zeitschriften standen zur Auswertung nicht zur Verfügung.)

71) Ryszard Wojna, a.a.O., S. 9

72) ebenda

Allem Anschein nach gilt aber nach wie vor bei den polnischen Deutschlandexperten die These, daß, während die Abrechnung der Bundesregierung mit extrem nationalistischen Kreisen und mit den Vertriebenenverbänden weitergeht, in der Bundeswehr doch der "alte Kurs" beibehalten werde.

Ein zweiter Brennpunkt im Interesse polnischer Deutschlandexperten ist der Nationalismus im Schulwesen, in der Literatur und in Massenmedien. Besonders eingehend wird dabei die Behandlung der historischen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland registriert, ebenso all das, was die früheren deutschen Ostgebiete betrifft.

VI. Zusammenfassende Bemerkungen

Zunächst sei kurz auf die Frage eingegangen, inwieweit bei einer Analyse des polnischen Standpunkts gegenüber der Bundesrepublik, besonders der Politik der Bundesregierung, gewisse eigenständige Elemente und Kriterien zu erkennen sind, ob sich z.B. der polnische Standpunkt mit dem sowjetischen deckt und wo Unterschiede bestehen.

Vergleiche des offiziellen sowjetischen Standpunktes – nicht allein zum Thema der westdeutschen Ostpolitik – mit dem Standpunkt der einzelnen sozialistischen Länder wie im vorliegenden Falle Polen – dürften für wissenschaftlich fundierte Analysen zunehmend notwendiger werden.

Es ist unbestritten, daß die sowjetischen Grundthesen und Hauptrichtlinien für alle sozialistischen Länder verbindliche Geltung besitzen. Nach der Intervention in der Tschechoslowakei im August 1968 gelang es der Sowjetunion, die Außenpolitik der sozialistischen Länder zu integrieren, und zwar – wie Brezhnev auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU erklärte – dank des Warschauer Paktes als des Hauptintegrationsinstrumentes. Im Falle Polen kommt noch ein weiterer wichtiger Faktor hinzu. Nach den Dezemberereignissen des Jahres 1970 und nach dem Sturz Gomułkas befinden sich die Führungsgremien des Landes in einer äußerst prekären Situation. Sie können die Wünsche breiterer Bevölkerungsschichten nicht mehr ignorieren bzw. Praktiken und Institutionen einsetzen, die für das sowjetische Gesellschaftssystem immer noch typisch sind. Dies bedeutet für die neue polnische Führung unter Edward Gierek, daß sie von innen zu Reformen und Zugeständnissen gedrängt wird. Gierek akzeptiert um dieses

Zieles willen ohne Vorbehalte und Widerstände die gesamte sowjetische Außenpolitik und unterstützt sie. Man glaubt heute in Polen, auf diesem Wege Schutz und Freiraum für eigene innenpolitische Initiativen und Reformen zu sichern. Hier werden die Strategie und Taktik der ungarischen Kommunisten unter Kadar nachvollzogen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß zwischen der polnischen und sowjetischen Außenpolitik und in ihrer jeweiligen Einschätzung der Politik der Bundesregierung in den Grundlinien Einmütigkeit besteht.

Es wäre jedoch auf der anderen Seite verfehlt, wenn man bestimmte für Polen typische Charakteristika nicht ihrem Gewicht entsprechend würdigte, die sich vor allem in Publikationen, offiziellen Stellungnahmen und in der Politik selbst niederschlagen. Es ist hier mehrfach darauf hingewiesen worden, daß sich fast alle polnischen Veröffentlichungen über die Bundesrepublik durch Sachlichkeit auszeichnen, sich im Stil und Ton grundsätzlich von den einschlägigen Artikeln in der sowjetischen Fachliteratur unterscheiden und verschiedentlich auch andere Akzente setzen.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Zunächst ist festzustellen, daß Polen als einziges sozialistisches Land – von der DDR abgesehen – über eine große Zahl gut ausgebildeter und informierter Experten für die Bundesrepublik verfügt. Es gibt seit Jahren wissenschaftliche Zentren speziell zur Beobachtung der Entwicklung in beiden deutschen Staaten, besonders in der Bundesrepublik; deren wichtigstes ist das Instytut Zachodni (Westinstitut) mit seiner in der vorliegenden Arbeit häufig zitierten, angesehenen Zweimonatszeitschrift "Przegląd Zachodni". Erwähnt sei hier, daß sich offizielle Kreise darum bemühen,

das Institut völlig umzuorganisieren und in die Akademie der Wissenschaften der Volksrepublik Polen einzugliedern. Des weiteren sind die Deutschlandabteilungen und die Abteilung für Probleme der europäischen Sicherheit im Polnischen Institut für Auswärtige Angelegenheiten (polnische Abkürzung: PISM) mit der von ihm herausgegebenen Monatszeitschrift "Sprawy Międzynarodowe" zu nennen. Auch hier wäre ein Vergleich mit sowjetischen Deutschlandexperten von großem Interesse. Übrigens sind diese letzteren, abgesehen von einigen Spezialisten im sowjetischen Außenministerium, erst in den letzten Jahren in größerer Zahl sehr rasch ausgebildet worden, während früher zumeist Spezialisten für die internationale kommunistische Bewegung für die Beobachtung der deutschen Politik zuständig waren, ein Faktum, das in all ihren Analysen durchschlägt. Ihre Vorurteile und die verpflichtenden Richtlinien kommen besonders bei der Einschätzung der SPD zum Ausdruck, wobei die althergebrachte These im Mittelpunkt steht: "Die Massen sind links und sozialistisch, die leader rechts und Hilfsknechte der Monopole". Es muß auch erwähnt werden, daß die sowjetischen Behörden Experten aus der DDR großzügige Möglichkeiten für eine Öffentlichkeitsarbeit in sowjetischen Massenmedien einräumen; ständig erscheinen Artikel, Bücher und Analysen von DDR-Autoren über die Bundesrepublik, deren Einfluß auf die Meinungsbildung in der Sowjetunion nicht zu überschätzen ist. In Polen ist die Lage dagegen völlig anders: Experten aus der DDR treten weder publizistisch nennenswert in Erscheinung, noch läßt sich eine größere Beeinflussung des polnischen Standpunktes gegenüber der Bundesrepublik durch die DDR überhaupt konstatieren. Hierin liegen die entscheidenden Ursachen für die erwähnten Unterschiede im Stil und Ton polnischer Analysen.

Bei der Erklärung der unterschiedlichen Akzente, die die polnischen Veröffentlichungen kennzeichnen, ist zu berücksichtigen, daß Polen die beiden Weltkriege und ihre Auswirkungen nachhaltiger zu spüren bekommen hat als die Sowjetunion, vor allem den zweiten Weltkrieg mit der deutschen Besatzung, den Konzentrationslagern und der Vernichtung seiner Intelligenz. Die Angst vor den Deutschen schlechthin ist deshalb mehr als verständlich; sie wuchs noch dadurch, daß Gebiete des früheren Deutschen Reiches zu Polen geschlagen wurden und man ständig die Rückeroberung dieser Gebiete befürchtete. Dies bedeutet eine Verlagerung des Schwerpunktes des polnischen Interesses an der Bundesrepublik, die natürlich noch dadurch verstärkt wurde, daß Polen weder eine Großmacht vom Range der Sowjetunion ist noch sich im Ernstfall mit Atomwaffen verteidigen könnte. Sind in sowjetischen Analysen und Kritiken die Selbstsicherheit der Atommacht spürbar, so zeigen sich auf polnischer Seite ständige Furcht und Unsicherheit. Gehört für die Sowjetunion das Deutschlandproblem zum Gesamtkomplex ihrer europäischen bzw. weltweiten Strategie, so wird es von Polen vor allem als Existenzfrage angesehen.

Das hier Gesagte gilt nicht nur für Führungsgremien und Parteifunktionäre in Polen, sondern für die gesamte Bevölkerung. Dies spiegelte sich auch klar im polnischen Echo auf die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages in Warschau wider. Es ist gerade im Vergleich zur weitgehend apathischen Reaktion in Moskau für die völlige Verschiedenheit in der Ausgangslage beider Länder charakteristisch.

Die besonders große Bedeutung des Deutschlandproblems für Polen hat zweifellos maßgeblich zu einer genaueren

Beobachtung und zu differenzierteren Analysen über die Bundesrepublik in Polen beigetragen. Beispielsweise werden in der politischen Entwicklung auch unter Adenauer und Erhard von polnischen Beobachtern positive Elemente zu erkennen gesucht. Im Falle der SPD wird der Versuch zu einer differenzierten Einschätzung am deutlichsten. Diese Partei wurde stets, auch als sie - aus polnischer Sicht - "im Lager der Kalten Krieger" stand, gesondert bewertet; alle - auch die nicht ganz eindeutigen oder nicht sehr konsequenten - Äußerungen von Ollenhauer, Brandt, Wehner und anderen Politikern in der Zeit vor der Großen Koalition, in denen die Notwendigkeit der Normalisierung der Beziehungen zu Polen und den anderen sozialistischen Ländern zum Ausdruck gebracht wurde, wurden aufmerksam registriert und besonders gewürdigt.

Die SPD wird als die gegenwarts- und zukunftsbestimmende Kraft der Bundesrepublik angesehen, die sich um eine zeitgerechte Lösung der anstehenden Probleme bemüht. Dies unterscheidet die polnische Sicht nachdrücklich von der sowjetischen. Sowjetische Experten sehen in der Regel bis heute in der DKP die einzige "demokratische Alternative zur gesamten politischen Konstellation in der Bundesrepublik", einschließlich der Sozialdemokratie (siehe hierzu z.B. L. Istjagin "Parteimechanismus und politischer Kampf in der Bundesrepublik" in "Mirowaja ekonomika i Meshdunarodnye otnoschenija", Nr. 12/1971, S. 98 ff)

Die Versuche der Bundesregierung, die Beziehungen zu Polen zu normalisieren, werden von polnischer Seite als "epochales Ereignis" gedeutet. Die SPD gilt nicht nur als die Kraft, die zusammen mit der FDP diese Entwicklung ins Rollen gebracht hat und sie weiterhin steuert, sondern auch als die erste Regierungspartei in der Geschichte der Bundesrepublik, die den Mut aufbrachte, den Nationalismus einzudämmen und

mit der Politik der Vertriebenenverbände zu brechen. Hier ist wiederum darauf hinzuweisen, daß die Vertriebenenverbände in der polnischen Öffentlichkeit ganz anders gesehen werden als in anderen sozialistischen Ländern (wobei die ČSSR bis zu einem gewissen Grade auszunehmen ist.) Für Polen sind diese Verbände militante Gruppen, die trotz der inzwischen vollständig gelungenen gesellschaftlichen und vor allem wirtschaftlichen Integration der Flüchtlinge den Anspruch auf die Heimat, auch für die Kinder und Kindeskinder der seinerzeit Vertriebenen, aufrechterhalten wissen wollen.

Wie auch der VI. Parteitag der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei bestätigte, werden von polnischer Seite Entspannung und Sicherheit als die Hauptziele ihrer Politik angesehen, die allein Rahmen und Raum für eine echte Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik garantieren. In zahlreichen Analysen ist, wie auch in dieser Studie erwähnt wurde, sogar die Hoffnung zum Ausdruck gebracht worden, daß die Bundesrepublik als wirtschaftlich starker Partner in der EWG imstande sein könnte, die polnischen Interessen zu fördern. Das erklärt auch die große Zahl von Analysen über Wirtschaftsprobleme der Bundesrepublik. Polen ist an einer Intensivierung der bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik und zu den wichtigsten EWG-Ländern interessiert. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Warschau wird als die Möglichkeit gewertet, die bundesrepublikanischen Behörden besser über die polnischen Interessen zu unterrichten und zu versuchen, sie für sich zu gewinnen.

Allgemein überwiegt in polnischen Analysen Optimismus bezüglich der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen.

Gerade die Tatsache, daß die Regierung Brandt die Taktik der Regierung Kiesinger nicht weiterführt, die Kontakte zu den sozialistischen Ländern in den Dienst ihrer Anti-DDR-Politik zu stellen, gerade Bonns Bemühungen, auch die Beziehungen zur DDR zu normalisieren, d.h. mit anderen Worten den gesamten Komplex der Normalisierung umfassend anzugehen, ist der Hauptgrund für den polnischen Optimismus. Tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen in der Bundesrepublik werden sorgfältig beobachtet, wie z.B. besonders die veränderte Einstellung bei der Bevölkerungsmehrheit, eine realistischere Einschätzung der Probleme in Europa und vor allem in Osteuropa. Frappierend ist die große Anzahl von optimistischen Analysen des innenpolitischen Wandels in der Bundesrepublik, die zum Fazit gelangen: Die Welle von Nationalismus, Revisionismus und Revanchismus ebbt ab. Man erwartet, daß die Lossagung von rechten Kräften, wie sie z.B. die FDP vollzogen hat, zur allgemeinen Erscheinung wird.

Natürlich gibt es in Polen auch Kräfte, die als nationalistisch und grundsätzlich anti-deutsch zu bezeichnen sind. Einige intellektuelle Kreise, die vor allem der Pax-Gruppe nahestehen, versuchen, das Mißtrauen gegenüber den Deutschen zu schüren. Des weiteren sind die Kreise der Stalinisten bzw. Dogmatiker zu nennen, deren Einfluß in den letzten Jahren jedoch mehr und mehr zurückgegangen ist. Allerdings gehören einige gehobene Parteifunktionäre noch immer zu diesen Gruppen, die einer gesamteuropäischen Normalisierung und insbesondere einer Verständigung zwischen Bonn und Warschau ablehnend gegenüberstehen. Um aber mit "polnischem Optimismus" zu enden: Auch in der polnischen Öffentlichkeit zeichnen sich besonders seit der Dezemberereignisse von 1970 Wandlungsprozesse ab, die diese Gruppen immer stärker an Anhang und Einfluß verlieren lassen.

Bibliographie

Für die vorliegende Studie wurden die Jahrgänge 1966-1971 der folgenden Zeitschriften bzw. Wochenzeitungen ausgewertet:

"Nowe drogi", Organ des ZK der PVAP,
"Sprawy Międzynarodowe",
"Przegląd Zachodni",
"Polityka".

Dabei waren die nachstehend aufgeführten Bücher, Artikel und Berichte von besonderer Bedeutung:

BADON, Antoni

"Zjazd SPD w Saarbrücken" (Parteitag der SPD in Saarbrücken) in "Przegląd Zachodni" Nr. 3/1970

BARTOSIK, Jerzy

"Gospodarka NRF w ramach EWG" (Wirtschaft der BRD im Rahmen der EWG) in "Przegląd Zachodni" Nr. 5-6/1968

BRYMAS, Maria, WERES, Leszek

"Zarys rozwoju stosunków wzajemnych między NRD i NRF w latach 1949-1970 na marginesie spotkań w Erfurcie i Kassel" (Abriß der Entwicklung der Beziehungen zwischen DDR und BRD in den Jahren 1949-1970 am Rande der Treffen in Erfurt und Kassel) in "Przegląd Zachodni" Nr. 5-6/1970

CYGANSKI, Miroslaw

"Ziomkostwo Wisły - Warty W NRF" (Landsmannschaft Weichsel-Warthe in der BRD) in "Przegląd Zachodni" Nr. 1/1969

DOBROSIELSKI, Marian

"Problem bezpieczeństwa europejskiego w świetle apelu budapesztańskiego i waszyngtowskiej sesji NATO" (Das Problem der europäischen Sicherheit im Lichte des Appells der Budapester Beratung und der Washingtoner Session der NATO) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 6/1969

DRECKI, Ryszard

"Blok chadecki w NRF po przejściu do opozycji" (Block der Christdemokraten in der BRD nach dem Übergang zur Opposition) in "Przegląd Zachodni" Nr. 1/1970

DRECKI, Ryszard

"Norymberski zjazd CSU (3.-4.VII.1970)" (Nürnberger Parteitag der CSU) in "Przegląd Zachodni" Nr. 5-6/1970

FRELEK, Ryszard

"Bezpieczeństwo i współpraca w Europie" (Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 9 v. September 1970

FRELEK, Ryszard

"Niemcy - w czwierć wieku po wojnie" (Deutschland - ein Vierteljahrhundert nach dem Kriege) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 5/1970

FRELEK, Ryszard

"Podstawa normalizacji" (Grundlage der Normalisierung)
in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 1 v. Januar 1971

GOMULKA, Wladyslaw

"O problemie niemieckim" (Über das Deutschlandproblem),
Warschau 1968

GRABSKA, Virginia

"Nowa strategia gospodarcza NRF" (Neue Wirtschaftsstrategie der BRD), Teil I. u. II in "Sprawy Międzynarodowe"
Nr. 7/1970 und Nr. 6/1971

JANICKI, Lech

"Niektore aspekty ratyfikacji ukladu z Polska w prawie
państwowym NRF" (Einige Aspekte der Ratifizierung des
Vertrages mit Polen im Staatsrecht der Bundesrepublik)
in "Przeglad Zachodni" Nr. 2/1971

JANICKI, Lech

"Partie polityczne w systemie prawnym NRF" - (Politische
Parteien im Rechtssystem der BRD) in "Przeglad Zachodni"
Nr. 4/1971

JEDRYCHOWSKI, Stefan

"Polska polityka zagraniczna w 1970 r." (Die polnische
Außenpolitik 1970) in "Nowe drogi" Nr. 2/1971

KLAFKOWSKI, Alfons

"Aktualne znaczenie umowy poczdamskiej" (Aktuelle Bedeutung des Potsdamer Abkommens) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 6/1970

KLAFKOWSKI, Alfons

"Die deutsch-polnische Grenze nach dem II. Weltkrieg",
Posen 1970

KLAFKOWSKI, Alfons

"Układ Polska - NRF o podstawach normalizacji stosunków jako element uznania status quo w Europie" (Der Vertrag Polen - BRD über die Grundlagen einer Normalisierung der Beziehungen als Element der Anerkennung des Status quo in Europa) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 9 v. September 1970

KLAFKOWSKI, Alfons

"Umowa Poczdamska a sprawy polskie 1945-1970" (Potsdamer Abkommen und polnische Angelegenheiten 1945-1970), Posen 1970

KLEIN, Peter

"Zachodnio Niemieckie koncepcje modelowe bezpieczeństwa europejskiego" (Westdeutsche Modellkonzeptionen der europäischen Sicherheit) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 5/1971

KOWALCZYK, Zygmunt

"Przyczyny i przebieg recesji gospodarczej NRF w latach 1965-1967" (Ursachen und Verlauf der Wirtschaftsrezession der Bundesrepublik in den Jahren 1965-1967) in "Przegląd Zachodni" Nr. 5/1969

KRAJCZYCKI, Tadeusz

"Handel zagraniczny NRF w latach 1960-1969" (Außenhandel der BRD in den Jahren 1960-1969) in "Przegląd Zachodni" Nr. 2/1971

KRASICKI, Ignacy

"Status quo i bezpieczeństwo Europejskie" (Status quo und europäische Sicherheit) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 11 v. November 1968

KUSTOSIK, Zbigniew

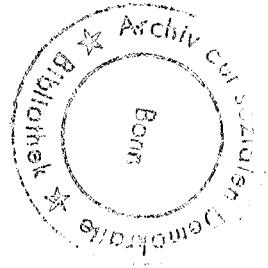
"Granica na Odrze i Nysie Łużyckiej w stosunkach Francja - NRF" (Die Oder-Neiße-Grenze in den Beziehungen Frankreich - BRD), in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 8/9/1968

KWILECKI, Andrzej

"Europejska polityka NRF" (Die Europa-Politik der BRD) in "Przegląd Zachodni" Nr. 4/1968

MARKIEWICZ, Ryszard

"Polska - NRF - bezpieczeństwo europejskie" (Polen - BRD - europäische Sicherheit) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 12/1970



MICHALSKI, Henryk

"Bońskie koncepcje 'wojny skrytej' i organiczonej" (Die Bonner Konzeptionen eines geheimen und begrenzten Krieges) in "Trybuna Ludu" v. 15. September 1968

MIEDZINSKI, Florian

"Wybory do VI. Bundestagu - Powstanie rządu koalicji SPD-FDP w NRF" (Wahl des VI. Bundestags - Entstehung der Koalitionsregierung SPD-FDP in der BRD) in "Przegląd Zachodni" Nr. 1 v. Januar 1970

MUSZYNSKI, Jozef

"Problemy polityki zagranicznej NRF na jesiennej sesji bundestagu (1968 r.)" (Probleme der Außenpolitik der BRD auf der Herbstsession des Bundestages (1968)) in "Przegląd Zachodni" Nr. 1/1969

RAKOWSKI, Mieczyslaw F.

"Po wyborach w Niemieckiej Republice Federalnej" (Nach den Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland) in "Nowe drogi" Nr. 11/1969

RAKOWSKI, Mieczyslaw F.

"SPD w okresie powojennym 1949-1954" (SPD in der Nachkriegszeit 1949-1954), Warschau 1960

RAPACKI, Adam

"Niektore aspekty bezpieczeństwa i współpracy w Europie" (Einige Aspekte der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 1/1968

ROSZKOWSKI, Janusz

"Pekinskie nadzieje Bonn" (Bonns Hoffnungen auf Peking),
in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 6/1969

RYBICKI, Remigiusz

"Polityczne i prawne aspekty czteromocarstwowego porozumienia z 3 września 1971 r. w sprawie Berlina Zachodniego"
(Politische und rechtliche Aspekte der Viermächteabkommen vom 3.9.1971 über Westberlin) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 12/1971

SOBCZAK, Janusz

"Na Zachodzie o granica na Odrze i Nysie" (Der Westen über die Oder-Neiße-Grenze), Teil I u. II in "Przegląd Zachodni" Nr. 2/1969 und Nr. 2/1970

SOBCZAK, Janusz

"Niemiecka Partija Komunistyczna (DKP)" (Deutsche Kommunistische Partei - DKP) in "Przegląd Zachodni" Nr. 3/1969

SOBCZAK, Janusz

"Polityka wschodnia SPD" (Die Ostpolitik der SPD) Teil I u. II in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 1 und 2/1969

SONNENFELD, Renata

"Rozwój uprawnień Rady EWG a cechy ponadpanstwowe Wspólnoty" (Entwicklung der Kompetenzen des Rats der EWG und supranationale Merkmale der Gemeinschaft) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 12 v. Dezember 1971

STANEK, Adam

"Polska, wspólnota socjalistyczna i bezpieczeństwo w Europie (Polen, sozialistische Gemeinschaft und die Sicherheit in Europa) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 7/8/1971

STAREWICZ, Artur

"Perspektywy bezpieczeństwa w Europie" (Sicherheitsperspektiven in Europa) in "Nowe drogi" Nr. 10/1970

SULEK, Jerzy

"Bonska koncepcja 'ładu pokojowego' w Europie" (Die Bonner Konzeption: 'Friedensordnung' für Europa) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 1 v. Januar 1968

SULEK, Jerzy

"Chadecja w NRF - kontynuacja czy zmiana?" (Die Christdemokraten in der BRD - Kontinuität oder Veränderung?) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 4/1971

SULEK, Jerzy

"Hitlerowska przeszłość Niemiec w ocenie NPD (Hitlersche Vergangenheit Deutschlands in der Wertung der NPD) in "Przegląd Zachodni" Nr. 3/1969

SULEK, Jerzy

"NPD a Bundeswehra" (NPD und die Bundeswehr) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 6/1969

SULEK, Jerzy

"Organizacje przesiedleńcze a 'nowa polityka wschodnia' NRF" (Die Vertriebenenorganisationen und die 'Neue Ostpolitik' der Bundesrepublik) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 6/1968

SULEK, Jerzy

"Polityka rządu NRF wobec Polski (1966-1969)" (Die Politik der BRD gegenüber Polen - 1966-1969) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 10 v. Oktober 1971

SULEK, Jerzy

"XII. Zjazd Socjaldemokratycznej Partii Niemiec (SPD)" (Der XII. Parteitag der SPD) in "Przegląd Zachodni" Nr. 3/1968

TOMALA, Mieczysław

"Dwie drogi rozwoju Niemiec" (Zwei Entwicklungswege Deutschlands), Warszawa 1968

TOMALA, Mieczysław

"Główne kierunki polityki zagranicznej rządu NRF" (Die wichtigsten Richtungen der auswärtigen Politik der Bundesregierung) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 12 v. Dezember 1967

TOMALA, Mieczysław

"Władysław Gomułka o problemie niemieckim" (Władysław Gomułka über das Deutschlandproblem) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 1/1969

TOMALA, Mieczyslaw

"Wywóz kapitałów z NRF" (Kapitalausfuhr aus der BRD) in
"Sprawy Międzynarodowe" Nr. 1/1970

TOWPIK, Andrzej

"Główne zachodnie koncepcje rozwoju sytuacji politycznej
w Europie w latach siedemdziesiątych" (Die wichtigste
westliche Konzeption der Entwicklung der politischen
Situation in Europa in den siebziger Jahren) in "Sprawy
Międzynarodowe" Nr. 9/1970

WALCZAK, Antoni Wladyslaw

"Nadzwyczajny Kongres SPD w Bad Godesberg (16.-18. kwietnia
1969 r.)" (Sonderparteitag der SPD in Bad Godesberg -
16.-18. April 1969) in "Przegląd Zachodni" Nr. 3/1969

WALCZAK, Antoni Wladyslaw

"Opozycja stronnictw zachodnioniemieckich przeciw Unii
Chadeckiej i tzw. wielkiej koalicji" (Opposition der
westdeutschen Parteien gegen die CDU und die sog. Große
Koalition) in "Przegląd Zachodni" Nr. 4/1970

WALICHNOWSKI, Tadeusz

"NRF - Izrael a konflikt na Bliskim Wschodzie" (BRD -
Israel und der Konflikt im Namen Osten) in "Sprawy
Międzynarodowe" Nr. 12/1967

WOJNA, Ryszard

"Straussowski program dla Europy" (Strauß-Programm für
Europa) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 3/1969

WOJNA, Ryszard

"W zestawieniu z tamtą nocą ..." (Verglichen mit der damaligen Nacht) in "Życie Warszawy" v. 18.11.1971

WOJNA, Ryszard

"Zmiana polityki czy zmiana rządu?" (Wechsel in der Politik oder in der Regierung?) in "Sprawy Międzynarodowe" Nr. 1 v. Januar 1970

Deutschlandforschung in Polen

Von den polnischen Institutionen - Universitäten, Akademien, Forschungsinstitute -, die sich mit Problemen der westlichen Welt befassen, sind folgende speziell auf die Deutschlandforschung ausgerichtet:

1. Instytut Zachodni (Poznań) - Westinstitut (Posen)
2. Polski Instytut Spraw Miedzynarodowych (Warszawa) - Polnisches Institut für Internationale Fragen (Warschau)
3. Slaski Instytut Naukowy (Katowice) - Schlesisches wissenschaftliches Institut (Kattowitz)
4. Instytut Śląski (Opole) - Schlesisches Institut (Oppeln)
5. Wissenschaftliche Gesellschaft (Wrocław/Breslau)
6. Instytut Zachodnio-Pomorski (Szczecin) - Westpommern-Institut (Stettin)
7. Instytut Bałtycki (Gdańsk) - Ostsee-Institut (Danzig)
8. W. Kętrzyński-Forschungsstelle (Olsztyn/Allenstein)
9. Universität Poznań/Posen
10. Polnische Militärakademie (Warschau)

Das Westinstitut in Posen spielt eine führende Rolle in der polnischen Deutschlandforschung. Es wurde im Juni 1945 gegründet und ist der Polnischen Akademie der Wissenschaften angegliedert. Die dem Institut zugehörige wissenschaftliche Gesellschaft zählt gegenwärtig rund 225 Mitglieder. Etwa seit Mitte der fünfziger Jahre begann sich die Forschungstätigkeit des Instituts mehr und mehr auf aktuelle Fragen der deutschen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu verlagern. In den letzten Jahren betreffen rund 90 % der Publikationen des Instituts diesen Themenkreis. Das Westinstitut gibt unter dem Namen "Przegląd Zachodni" eine eigene Zeitschrift heraus, die zweimonatlich erscheint, Wichtige Arbeiten werden in englischen und französischen Übersetzungen in jeweils zwei Jahresheften der "Polish Western Affairs" und "La Pologne et les Affaires Occidentales" zusammengefaßt. In jüngerer Zeit hat das Westinstitut damit begonnen, wissenschaftliche Studien-

tagungen über aktuelle Themen im Zusammenhang mit der Deutschlandfrage zu veranstalten. Insgesamt läßt sich zur Bedeutung des Westinstituts sagen, daß seine Forschungsprogramme bis zu einem gewissen Grade die allgemeinen Richtungen der deutschkundlichen Forschung in Polen widerspiegeln.

Eine gleichfalls bedeutende Rolle in der Deutschlandforschung nimmt das im Juli 1947 gegründete Polnische Institut für Internationale Fragen ein. Von den verschiedenen Abteilungen des Forschungszentrums ist eine eigens zur Erforschung deutscher Fragen, insbesondere der Politik und Wirtschaft in der Bundesrepublik, eingerichtet worden. Das Institut verfügt über die größte Spezialbibliothek in Polen und bezieht laufend mehr als 600 Zeitungen aus über 40 Ländern. Wichtigstes Publikationsorgan des Instituts ist die Monatszeitschrift "Sprawy Miedzynarodowe"; das Jahrbuch "Annuaire Polonais des Affaires Polonaises" faßt wichtige Artikel und Berichte in französischer Sprache zusammen. Ferner gibt das Institut das Jahrbuch "Zbiór Umów Miedzynarodowych PRL" (Sammlung der internationalen Verträge der Volksrepublik Polen) heraus. Sowohl in der polnischen Monatszeitschrift als auch in dem fremdsprachigen Jahrbuch nehmen Publikationen, die sich mit deutschen Fragen beschäftigen, einen großen Raum ein.

Im Polnischen Institut für Internationale Fragen befindet sich auch das sogenannte Koordinationskomitee für die Deutschlandforschung in Polen. Um die Vielzahl spezialisierter Forschungsrichtungen zum Thema "Deutschland", die auf die beiden oben erwähnten Institute, insbesondere aber auf die nachstehend aufgeführten kleineren wissenschaftlichen Institutionen in Polen verteilt sind, zu koordinieren und damit deren Arbeit zu effektivieren, wurde im Jahre 1958 ein Komitee geschaffen, das sich aus den Vertretern der wichtigsten betroffenen Forschungsstellen zusammensetzt. Seine Hauptaufgaben bestehen in der Anregung bestimmter Forschungsprogramme, der Auswertung und Überprüfung von Forschungsergebnissen. Gemäß seiner Bezeichnung erfüllt das Komitee beratende und koordinierende Funktionen, ohne über unmittelbare Entscheidungskompetenzen über die wissenschaftliche Planungs- und Publikations-

tätigkeit der einzelnen Institutionen und Wissenschaftler zu verfügen. Das Komitee gibt ein Informationsbulletin heraus.

Die in der eingangs aufgestellten Liste polnischer Institutionen der Deutschlandforschung ferner angeführten Institute (Ziffer 3-8) widmen sich in ihrer Arbeit zwar vorwiegend historischen und regionalen Fragen. Sie beschäftigen sich aber auch mit politischen, rechtlichen und ökonomischen Problemen der Deutschlandfrage, wobei Untersuchungen über die Vertriebenen und ihre Organisationen in der Bundesrepublik sowie über Probleme im Zusammenhang mit der Oder-Neiße-Grenze thematisch im Vordergrund der Arbeit stehen. Nach einer älteren Aufstellung aus dem Jahre 1965 arbeiten in diesen Institutionen rund 50 Forscher, wobei unter ihnen die Historiker am stärksten vertreten waren (20). Ferner waren hier Juristen, Spezialisten für Fragen der nationalen Beziehungen, Ökonomen, Kulturwissenschaftler, Soziologen und Geographen beschäftigt. Die einzelnen Institute werden sowohl vom Westinstitut als auch von dem Koordinierungskomitee wissenschaftlich betreut.

Einen wissenschaftlichen Schwerpunkt der polnischen Deutschlandforschung bildet ferner die Universität in Posen. Hier befindet sich der in Polen einzige Lehrstuhl für Deutsche Geschichte. Auch am Lehrstuhl für Allgemeine Geschichte des Mittelalters und an dem für Völkerrecht stehen deutsche Fragen im Vordergrund der wissenschaftlichen Arbeit. Ferner befindet sich an der Universität in Posen (wie allerdings auch an den Hochschulen in Warschau, Breslau, Lodsch und Krakau) ein Lehrstuhl für Germanistik. Entsprechend der institutionellen Spezialisierung werden Themen für Diplomarbeiten, Dissertationen und Habilitationen, die sich mit deutschen Fragen beschäftigen, vorrangig hier an der Universität in Posen vergeben.

Es läßt sich ohne Übertreibung feststellen, daß auch im Programm der Stellen, die generell die Erforschung des "kapitalistischen Weltsystems" zum Gegenstand haben, die Deutschlandfrage einen zentralen Platz einnimmt. Von diesen Institutionen sei im besonderen das Forschungsinstitut der Polnischen Militärakademie erwähnt, das eine Reihe von Arbeiten zur Wiederaufrüstung und zum Militärpotential der Bundesrepublik veröffentlicht hat. Weitere Forschungsstellen, die sich mit Fragen der westlichen Welt beschäftigen, sind ferner:

- Verschiedene Lehrstühle der Universitäten in Warschau,
- Zentralschule für Planung und Statistik
- Hochschule für Gesellschaftswissenschaften in Warschau
- Verschiedene Forschungsabteilungen der Polnischen Akademie der Wissenschaften
- Abteilung Konjunktur- und Preisforschung beim Ministerium für Außenhandel
- Polnische Kammer für Außenhandel, Sektion Marktanalysen der kapitalistischen Länder